

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,20 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,20 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Landtägliches.

Die Debatten des preussischen Abgeordnetenhauses sind seit dem Abschlusse des Wahlkampfes anmuthig belebt durch die lieblichen Zänkereien, in welchen sich die bürgerlichen Parteien ihre Reichstagswahlresultate an die Köpfe werfen. Die Erbitterung der Kartellisten über die böseartige Schluppe, welche sie am 20. Februar davongetragen haben, ist eine ungeheure, und so brechen sie jede mögliche und unmögliche Gelegenheit vom Zaun, um sich an dem verhassten Antikartell zu reiben.

Das Antikartell ist also der angegriffene Theil. Nun ist dasselbe im Landtage nur aus bürgerlichen Fraktionen zusammengekehrt, und so ergibt es sich von selbst, daß die Verteidigung größtentheils eine sehr lahme ist, und vor lauter Verwischen und Diplomastieren kein kräftiger, berber Schlag auf die Attacken der Konservativen und National-Liberalen hin erfolgt. Die Krone für diese muthige Taktik gebührt, wie stets, dem sanftlebenden Fleisch von Danzig, Herrn Rickert, dessen staatsmännisch angehauchte Duldermaske zu sagen scheint: „Ich bitte um Verzeihung, daß ich als Deutschfreisinniger existire, aber es giebt ja leider noch nicht als große liberale, die heißersehnte Rummelstube, die Partei, und ich, Rickert, der Staatsmann, lasse mir Kniehosen und Schnallenschuhe vorläufig erst anprobieren.“ Er war es ja auch, der im Landtage Del in die stürmische Fluth des Kartellgorns gegossen und wohlwollend sich und seine Partei dagegen verwahrt hat, als wolle sie die Lebensmittelkölle abschaffen; so böse seien sie nicht, sie wollten bloß den Bollerarif allmählig revidiren und umgestalten. Gut Ding will Weile haben, und mag auch das Volk den Brotvertheuern noch Jahre lang die Taschen fallen, so schadet das nichts. Herr Rickert ist ja auch eine klare Antwort darüber schuldig geblieben, ob er in einem Industriebezirk gegen die Industriezölle, das Bereicherungs-mittel der Schlotbarone, sprechen würde. Er ist der Mann, sich den Rücken frei zu halten, und während er vorsichtig dem Arbeiter mit der schwieligen Faust zuwinkt, drückt er dem Agrarier und dem Eisenkönig warm die aristokratische Rechte, um so von allen Seiten Stimmen zu ergattern. Diese Rautschulpolitik ist ein Symptom der Rickert'schen, der deutschfreisinnigen Bestrebungen, sich „regierungsfähig“ zu zeigen. Ach, daß dieser schöne Traum eben niemals ins athmende Leben sich übersehen, und Herr Rickert ohne Portefeuille ins Grab sinken wird.

Derselbe Herr Rickert hat auch stramm das, was die Spaten von den westpreussischen Dächern pfeifen, abgeleugnet, daß bei der letzten Reichstagswahl eine größere Anzahl Deutschfreisinniger für polnische Kandidaten gestimmt haben.

Feuilleton.

Der Mord auf dem Balle.

Aus dem Leben einer Kreisstadt.
 Von J. S. Panow.

Der Schmerz hatte ihn gleichsam von der Wurzel losgerissen, und er gab sich ihm ganz hin, ohne im Stande zu sein, ihn zu verfluchen.

Jtschalow, groß von Gestalt, von kräftigem Körperbau, mit vereinzelt Falten im Gesicht und ausdrucks-vollen Augen, sah in dem Verbrechen seines Sohnes vor allem eine schreckliche Kränkung seines Stolzes. Er hätte allem eine schreckliche Kränkung seines Stolzes. Er hätte allem eine schreckliche Kränkung seines Stolzes. Er hätte allem eine schreckliche Kränkung seines Stolzes.

Beide verlangten den Gefangenen zu sehen: der eine, um das Geheimniß der geistigen Vorgänge zu erkunden, die ihn zu dem Morde veranlaßten... der andere, um zu erfahren, ob er den Diebstahl vollbracht habe.

Zu Mittag wurde mir der junge Arrestant zugeführt. Da ich an seiner Schuld nicht zweifelte, ermahnte ich ihn, ein Bekenntniß abzulegen, aber ich fand bei ihm die geistige Hartnäckigkeit und Geistesgegenwart. Ich bemerkte auch an ihm keine Ermattung, die man nach der, wie es schien, unvermeidlichen innern Erregung und der im Ge-längniß verbrachten Nacht erwarten konnte.

Als ob es nicht die Pflicht jedes prinzipiell denkenden Man-nes gewesen wäre, für jeden Gegner des Kartells, also auch für die Polen, statt der Volksfeinde aus dem Kon-servativen und nationalliberalen Lager zu stimmen.

Diese feigherzige Staatsweisheit läßt für die Zukunft noch recht Unerfreuliches für diejenigen erwarten, die in dem Fortschrittlerthum doch noch etwas Rückgrat und Grundfaß zu finden gehofft haben. Wir zählten nie zu diesen Optimisten, da uns der wahre Charakter des Deutsch-freisinns so offenkundig ist, wie Herrn Rickert die geheimsten Gedanken seines Freundes Stofch.

Wenn nun einmal das Abgeordnetenhau zum Tummelplatz gemacht wird, auf welchem Reichstagswahl-zweikämpfe ausgepaukt werden, so hätte es einer schneidigeren Klinge und eines kräftigeren Dreinschlagens bedurft. Sehr wohl, die Herren wollten ihre ganze Schande noch einmal blank und bloß vor aller Welt Augen bringen. So hätten die Vertreter der Opposition noch einmal mit dem Kartellgesindel eine gründliche Ab-rechnung halten und ihnen das Urtheil des Volksgerichts als die nur zu milde Strafe ihrer Frevel ins Gesicht schleudern sollen. Die ganze Debattirerei ging ja doch nur vor als erhebender Spektakel für die Leute, die nicht im Landtag saßen. Es wurde zum Fenster hinaus gesprochen, zu den Wählern und zur Regierung, nach oben und nach unten.

Welch' eine schwächliche Rolle aber hat hier der größere Theil der Antikartellisten gespielt! Aber er mußte sie spielen, weil im Grunde genommen diese Antikartellisten doch nur die feindlichen Brüder der Kartellisten sind, zu ihnen von Haus aus gehören, mit ihnen durch das mächtige kapitalistische Interesse verbunden sind und im Nothfalle gegen das Proletariat geschlossen vorgehen.

Auch Herr Windthorst, der Chef des Zentrums, hatte den letzten Rest seiner oppositionellen Schärfe in der Garderobe abgegeben, und er, dessen Heerschaaren nur Dank ihrer Opposition gegen das Kartell so vollzählig wieder erschienen waren, mußte mit frommem Augen-ausschlag nur von der bösen Sozialdemokratie und dem einzigen Mittel, sie niederzuhalten, gar berecht zu erzählen. Der alte Herr hatte offenbar vergessen, daß die bösen Sozialdemokraten Mainz und München II dem Zentrum entrisen und in das Volkwerk des Ultramon-tanismus in Köln Breche geschossen, daß sie auch in Würzburg, in Düsseldorf, in Bielefeld in die Stichwahl mit Zentrumsleuten gekommen sind. Und in fünf Jahren dürfte der „eiserne Thurm“ der Klerikalen in allen diesen Orten in seinen Grundfesten erschüttert werden.

— Ich bin nicht schuld an der Ermordung des Fräu-leins Kuslanow, wiederholte er beharrlich. Die Beweise sind gegen mich... das ist einfacher Zufall.

— Wenn Sie schon wirklich an dem Mord unschuldig sind, weshalb leugnen Sie Ihre Reise nach Moskau? Wie kann man den Augenschein leugnen?

Jtschalow schwieg.
 Ich theilte ihm mit, daß ich ihn zur Konfrontirung mit der Dienerschaft des Hotels „Mir“ und dem Pächter Nr. 61 nach Moskau senden müsse.

— Wohin Sie wollen, sagte Jtschalow. Ich weiß, daß unsere Befehle roh sind, und die Formalitäten und die Be-amten noch roher.

— Sie können, scheint mir, keine Vorwürfe machen, daß mit Ihnen ungesetlich verfahren wurde. Leben Sie wohl! Ich rathe Ihnen, aufrichtiger zu sein.

Am folgenden Tage wurde er nach Moskau gebracht. Gleichzeitig sandte ich eine Mittheilung an den Untersuchungs-richter des Kreisgerichtes ab, die auf dem Gute Anasjew's Lebenden darüber zu verhören, wann namentlich Jtschalow mit ihrem Herrn auf der Jagd war, und die Bewohner des Dorfes Jakowlewo darüber, wann und woher der junge Jtschalow kam, bevor er mit seinem Vater nach der Gouver-nementsstadt fuhr. Nach Samara schrieb ich wegen des Verhörs Anasjew's.

Ich selbst suchte mir indessen die geheimen, unsahbaren Seiten dieses Falles aufzuklären.

Durch die Verhöre Kuslanow's, Petrowski's, der Bobrows und vieler anderer wollte ich mich genau mit den Beziehungen bekannt machen, in denen Jtschalow zu Helene Wladimirovna stand, aber ich erfuhr nichts, außer was ich, mit unserer Be-wölkung und ihren Sitten vertraut, selbst voraussehen konnte. Er war selten bei Kuslanow's gewesen; er umschmeichelte

Den Höhepunkt erreichte aber die Debatte bei Gelegen-heit der Bergwerks-Debatte. Herr Popelius, ein tapferer Streiter des Kartells, machte einen Husarenritt gegen den ultramontanen Kaplan Dasbach, weil der-selbe sehr ruhig, sehr vorsichtig die mißlichen Zustände im Saarbrücker Grubenverein dargelegt hatte. Was Dasbach auf der Tribüne gesagt, war so zahm, daß nur die durch Wahlräger zur Weisgluth erhitzte Prostruuth die Rüpelkomödie nicht etwa entschuldigt, aber verständlich macht, in welcher Herr Popelius solch' eine ehrenvolle Rolle spielte. Man wisse schon, was Herr Dasbach für ein Mensch sei, aus dem Parlaments-Almanach könne man erfahren, daß derselbe Priester Druckereibesitzer, Zei-tungs-herausgeber und wegen Preßvergehen bereits so und so viele Mal bestraft sei, darunter ein paar Mal mit Ge-fängniß!

Wir meinten bisher, daß es in einer reaktionären Aera etwas Selbstverständliches ist, für seine politische Ueberzeugung zu kämpfen und zu leiden, wenn diese Ueberzeugung nicht obrigkeitlich gestempelt ist. Wir meinten bisher, daß in einem Zeitalter, das die Preßfreiheit fast nur dem Namen nach kennt, der Zusammenstoß zwischen den Berichten und Wortführern der Opposition etwas Natur-gemäßes ist, wie Blitz und Donner. Unser Preßgesetz und unser Strafgesetz legen so viele Fallstricke und Selbst-schlässe, strebame Staatsanwälte behüten so peinlich die öffentliche Meinung, unsere Gewaltigen reagieren in ihrer Empfindlichkeit so leicht auf jedes Wort, das ihren zarten Nerven weh thut, und unsere Zustände sind so kritik-bedürftig, daß es ein glücklicher Zufall ist, ungerufen davon-zukommen, wie es eine Ehre ist, manhaft für seine An-sichten einzustehen und dafür auch zu dulden.

Auf welches Niveau ist der Landtag gesunken, wenn ein Popelius die Preßvergehen einem Abgeordneten vor-zuhalten die Kühnheit hat. Ja, wenn Herr Dasbach als Student Fenster eingeworfen, Nachtwächter „angeulkt“ und wegen groben Unfugs oder wegen Zweikampfs mit ge-fährlichen Waffen bestraft worden wäre? Das wäre „schneidig“, das ehrt den Mann, das ist eine Empfehlung bei Herrn Popelius.

Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Warum hat man den Herrn Popelius nicht zu Gemüthe geführt, daß ein politisch ihm sehr nahe stehen-der Biedermann, der auch preussischer Land-tags-Abgeordneter war, daß der frühere Landes-direktor Dr. Wehr wegen gemeiner Verbrechen, Betrug, Urkundenfälschung u., in Haft sich befindet und demnächst abgeurtheilt werden wird. Dort ein Ehrenmann, der für

das junge Mädchen, aber sein Umschmeicheln blieb in den Grenzen der gewöhnlichen Liebenswürdigkeit; niemand hatte etwas Besonderes bemerkt.

Die Verhaftung Jtschalow's brachte auf die städtische Gesellschaft einen unbeschreiblichen Eindruck hervor. Niemand wollte an die Wirklichkeit des Verbrechens glauben, und selbst die Verhaftung Jtschalow's schrieb man einem Irrthum des Gerichtes zu.

Mehr als alle überraschte mich Petrowski durch sein Verhalten gegenüber diesem ganzen Falle. Seine Braut hatte er sichtlich vergessen, obwohl ich in jener Nacht bei Verhaftung der Leiche deutlich seinen unbezweifelbaren Schmerz bemerkt hatte.

Die bösen Zungen erzählten, daß er mehr als alles die seinen Händen entschlüpfte Mithgift beklage.

— Ich erwarte von den Leuten Alles, nur das Gute nicht, sagte er zu mir. Darum wundere ich mich auch über nichts.

Es waren noch nicht zwei Wochen vergangen, als von allen Seiten die Antworten eintrafen.

Jtschalow wurde zurückgebracht.
 Aus den mir zugestellten Untersuchungsakten ergab sich, daß alle Diener des Hotels „Mir“ Jtschalow als den Rei-senden aus Nr. 15 erkannt hatten.

Der Pächter hatte in ihm die Person wiedererkannt, die ihm den Auftrag gab, ein Paket zu Aron zu tragen. Der Korridorleiner Toporkow hatte ausgesagt, daß er den ihm abgenommenen Rock von Jtschalow zum Geschenk erhalten hatte.

Die Familie Jtschalow's hatte ihr Zeugniß abgelehnt, wahrscheinlich, da sie fürchtete, irgend etwas zu seinen Un-gunsten auszusagen.

Die Postleute sagten aus, daß Alexander Jtschalow bloß

seine Partei ins Gefängnis geht, hier der Schwindler Wehr. Greifen Sie nur zu, Herr Bopelius!

Doch mögen sich die Kartellbrüder weiter kompromittieren, mögen sie die eiserne Gewalt gegen die „schlechten Arbeiter“ aufrufen, mögen sie Recht und Volkswohl mit Füßen treten! Die nächste Reichstagswahl wird zerschmettern, was die diesmalige Wahl noch übrig gelassen hat. Was an uns liegt, wollen wir nach Kräften dabei mitwirken, daß das Werk ganz gelinge.

Politische Uebersicht.

Zum Rücktritt des Fürsten Bismarck. Der „Reichsanzeiger“ vom Mittwoch Abend enthält noch nicht die amtliche Meldung von dem Rücktritt des Reichskanzlers und die Ernennung seines Nachfolgers. Dagegen meldet die „Köln. Ztg.“ aus Berlin vom Mittwoch: Der Kaiser hat den Rücktritt des Fürsten Bismarck von sämtlichen Reichs- und Staatsämtern genehmigt. Der kommandierende General des X. Armeekorps von Capri hat sich dem Vernehmen nach die Berufung als Nachfolger des Fürsten Bismarck angenommen. — Mit den Kombinationen und Vermutungen der anderen Blätter und mit den Nachrichten, welchen angeblichen Eindruck der Rücktritt des Reichskanzlers im Auslande hervorgerufen hat, verschonen wir unsere Leser.

Als Grund für den Rücktritt des Fürsten Bismarck giebt die „Köln. Ztg.“ in Uebereinstimmung mit Meldungen von anderer Seite die neue Wendung in der Sozialpolitik an. Sie schreibt:

Fürst Bismarck mochte das politische Gewicht einer etwaigen Verstärkung der bestehenden Klassen, der intelligenten und kapitalistischen Unternehmer im industriellen und landwirtschaftlichen Stande höher veranschlagen als die unsichere Aussicht auf die Entzweiung der Arbeiterwelt aus der sozialdemokratischen Umschlingung. Ihm mochte dünken, daß das stürmische Tempo der Sozialpolitik die Arbeitermassen erst recht aufregen und zu Hoffnungen ermutigen könnte, welche nicht die Natur und nicht das Dingen der Menschheit erfüllen kann.

Die Wahrheit über das „Arbeitsrecht“-Interview. In der „Frankf. Ztg.“ lesen wir:

Von einer Seite, deren Unterrichtsleitern wir keinen Grund hatten, zu bezweifeln, war uns die Mittheilung geworden, daß mit dem neu gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten einer mitteldeutschen Stadt, den die „Kreuzzeitung“ über die Stellung der Sozialdemokratie zu den kaiserlichen Erlassen interviewen lassen, der neue Abgeordnete für Frankfurt, Herr Lithograph Schmidt, gemeint sei. Auf eine Anfrage, die wir diesbezüglich an ihn richteten, antwortet uns Herr Reichstagsabgeordneter Schmidt heute mit folgendem Schreiben:

„In Erwiderung Ihrer Anfrage bezüglich des Artikels der „Kreuzzeitung“ über die kaiserlichen Erlasse und die Sozialdemokratie habe ich zu erklären, daß derselbe auf Wahrheit — und Dichtung beruht. Ich hätte gern schon früher unserem Berliner Parteiorgan darüber Mittheilung gemacht, würde jedoch durch dringendere Arbeiten daran verhindert. Ihre Anfrage giebt mir nun Gelegenheit, die Sache richtig zu stellen.

Der Hergang war folgender: Am Montag, den 10. März, etwa zwischen 8 und 4 Uhr Nachmittags, erschien an meiner Arbeitsstelle ein Herr, stellte sich mir unter dem Namen „Grohmann“ (wie ich verstand) vor und fragte, ob ich bereit sei, Auskunft zu geben über die Stellung unserer Fraktion gegenüber den kaiserlichen Reformplänen; er sei Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“. Da mir dieses offene Geständnis entschieden gefiel, der Mann auch sonst keinen unangenehmen Eindruck auf mich machte, so erklärte ich ihm, daß ich meine persönlichen Anschauungen über diese Frage gegen Niemand zurückhalte, daß ich jedoch über die Stellung unserer Fraktion schon deshalb keine Mittheilung machen könne, weil ich bis jetzt keine Gelegenheit gehabt, mit irgend einem Mitglied unserer Fraktion, weder mündlich noch schriftlich, diese Frage zu erörtern!

Hierauf fragte er, ob wir trotz dieser kaiserlichen Fürsorge für die Arbeiter aus unserer „antimonarchischen Agitation“ beharren würden. Dem gegenüber erklärte ich, daß mir diese Frage eigentlich nicht recht verständlich sei. Meines Wissens sei bisher niemals von unserer Seite die Monarchie zum Gegenstande einer direkten Agitation gemacht worden. Persönlich sei ich allerdings Anhänger der Republik; auch bestrebe ich mich kein Zweifel, daß der Gesellschaftszustand, den wir vorläufig als höchstes Ziel betrachteten, unter keinen Umständen mit der monarchischen Staatsform

verträglich sei, ebenso wenig, wie mit irgend einer anderen gegenwärtig bestehenden Klassenherrschaft. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen.“ Nach meiner Ansicht werde als Uebergangsstadium die bürgerliche Republik allmählig überall zur Geltung kommen. Uebrigens habe ja Frankreich seit beinahe zwanzig und Nordamerika seit mehr als hundert Jahren bewiesen, daß sich die Bourgeoisie unter der demokratischen Republik ganz prächtig entwickeln könne. Die Monarchie habe sich, meines Erachtens, überlebt; sie sei ein Anachronismus und in Mitteleuropa nur noch künstlich aufrecht erhalten, in Folge der reaktionären Einflüsse des dreißigjährigen Krieges, sowie der Kleinstaaterei einerseits, und der notorischen Scortilität der deutschen Bourgeoisie andererseits. Die Aufgabe der „antimonarchischen Agitation“ stehe daher der Bourgeoisie zu, wir würden für diese nicht mehr die Kaskaden aus dem Feuer holen. Wir hätten schließlich mit der Bourgeoisie abzurechnen.

Dies sei meine persönliche Meinung und, wie ich annehme, auch die der Mehrzahl meiner Parteigenossen; Erörterungen hierüber hätten jedoch meines Wissens in neuerer Zeit keine stattgefunden. Vor mehr als zwölf Jahren dagegen sei in einem Parteiorgan (ich glaube die Berliner „Freie Presse“) die Ansicht vertreten gewesen, daß die Verwirklichung durchgreifender sozialer Reformen unter der Monarchie mehr Aussicht habe, als unter der bürgerlichen Republik. Dieser Ansicht sei das Zentralorgan („Vorwärts“) entschieden entgegengetreten.

Was nun den geplanten Arbeiterschutz betreffe, so würde derselbe dem „Programm“ zufolge allerdings sehr dürftig ausfallen, und wir würden wahrscheinlich die Vorlage gemäß den Beschlüssen des Pariser Arbeiterkongresses amendieren, mit besonderem Nachdruck auf den Maximalarbeitszeit und das gänzliche Verbot der Kinderarbeit (unter 14 Jahren). Auf die Frage, ob wir, im Falle unsere Verbesserungsvorschläge nicht angenommen würden, alsdann gegen die Vorlage stimmen würden, wie es gelegentlich der Kranken- und Invaliditätsversicherung geschehen sei, erklärte ich, daß meines Erachtens der Arbeiterschutz von weit höherer Bedeutung für die Arbeiterbewegung sei, als die genannte Versicherung, und ich daher glaube, daß auch ein minderweitgehender Schutz, sofern er überhaupt als ein solcher angesehen werden kann, schließlich nicht an unsern Widerstand scheitern würde. Das Vorgehen anderer Industriestaaten sei hierbei ebenfalls in Betracht zu ziehen. Auch in England sei ja die betreffende Gesetzgebung nur allmählig, aber stetig erweitert worden. Allerdings müßte dann auch den Arbeitern, ebenso wie dort, vollständige Bewegungsfreiheit garantiert sein. Vor allem müßte das Ausnahmengesetz wegfallen. Doch sei auch dieses Alles vorläufig nur als meine persönliche Ansicht aufzufassen.

Herr „Grohmann“, meinte sodann, er werde also berichten, daß ein Theil unserer Parteigenossen auf der Ansicht beharre, daß die Monarchie mit der Durchführung unserer Forderungen unvereinbar sei, während ein anderer Theil die Durchführung weitgehender Reformen unter derselben für möglich halte.

Darauf entgegnete ich ihm, er habe mich offenbar mißverstanden. Die betreffende Erörterung habe vor mehr als 12 Jahren in Form einer Zeitungs-polemik stattgefunden; es sei indes allerdings die Möglichkeit vorhanden, daß auch heute noch die letztgenannte Ansicht Vertreter habe. Herr „Grohmann“ fragte darauf, welche Anschauung damals den „Sieg“ davongetragen habe. Worauf ich erklärte: Selbstverständlich keine! Derartige theoretische Fragen ließen sich überhaupt nicht durch Beschlüsse entscheiden. Die Polemik sei schließlich einfach „beigelegt“ worden.

Ich ersuchte hierauf Herrn „Grohmann“, um groben Entstellungen vorzubeugen, er möge mir das Manuskript seines Berichtes vorher zur Einsicht einschicken, und gab ihm zu dem Zwecke meine Wohnung an, worauf er bemerkte, er habe noch eine Reise zu machen und werde bei seiner Rückkunft noch einmal bei mir vortreten. Herr „Grohmann“ ließ sich aber nicht mehr sehen.

Das ist die sinngetreue Wiedergabe des vielbesprochenen „Interview“. Alles Weitere ist freie Erfindung oder Entstellung.

Achtungsvoll

Wilhelm Schmidt.

Frankfurt am Main, den 17. März 1890.

Dem Vernehmen nach beschäftigt sich der dem Bundesrathe zugegangene Gesetzentwurf über die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Strafgesetzbuches nicht, wie man vernünftigen konnte, mit dem „Erlaß“ des Sozialistengesetzes, sondern bezweckt lediglich eine Ergänzung derjenigen Vorschriften, welche das Post- und Telegraphenwesen betreffen. Nach § 278 des Strafgesetzbuches wird gegenwärtig mit Geldstrafe bis zu 600 Mark bestraft, wer wesentlich schon einmal zu stempelpflichtigen Urkunden, Schriftstücken oder Formularen verwendetes Stempelpapier zu stempel-

pflichtigen Schriftstücken verwendet. Nach der Novelle soll die gleiche Strafe denjenigen treffen, welcher wesentlich schon einmal verwendete Post- oder Telegraphenwertzeichen nach gänzlicher oder theilweiser Entfernung des Entwurfzeichens zur Frankirung benutzte. Nach den bisherigen §§ 317 bis 320 werden Personen wegen vorzähliger oder fahelässiger Handlungen bestraft, welche die Benutzung der öffentlichen Posten dienenden Telegraphen-Anstalten verhindern oder stören. Es wird in denselben ferner die Beschäftigungsunfähigkeit der hiernach bestraften Bahn- und Telegraphenbeamten ausgesprochen, und deren Verhinderung unter Strafe gestellt. Alle diese Bestimmungen sollen die gleiche Anwendung auf die Post-Anlagen und die in denselben beschäftigten Personen finden. Außerdem ist statt des Begriffs der Verhinderung oder Störung der Benutzung dieser Anstalten derjenige der „Gefährdung des Betriebes“ eingefügt. Des Weiteren sollen die unrechtmäßigen Anfertiger von Stempeln, Siegeln, Stichen, Platten oder Formen, welche zur Anfertigung von Post- oder Telegraphenwertzeichen dienen können, mit Geldstrafe bis zu hundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft werden. Mit Geldstrafe bis zu hundertfünfzig Mark soll auch derjenige bestraft werden, welcher wesentlich schon einmal verwendete Post- oder Telegraphenwertzeichen nach gänzlicher oder theilweiser Entfernung des Entwurfzeichens veräußert oder feilhält. Endlich soll die Nichtbeachtung der für die Versendung oder Beförderung von leicht entzündlichen oder ähndenden Gegenständen ergangenen Verordnungen unter eine Geldstrafe bis zu hundertfünfzig Mark oder eine Haftstrafe gestellt werden.

Leipzig, den 18. März. Die Bekanntmachung des Amtshauptmanns hat die Staatsanwaltschaft nicht schlafen lassen: Heute veröffentlicht dieselbe auch eine „Bekanntmachung“, in der Material für die Chemnitzer Prozesse gesucht wird. Die sozialdemokratischen Wähler empfinden hoffentlich den Wünschen des Herrn Staatsanwalts und liefern ihm Material, welches die „Ordnungsliste“ der sogenannten Ordnungsparteien richtig illustriert, und der Welt zeigt, welcher schändlicher „Wahlterrorismus“ sie auszuüben versuchen — zum Glück vergeblich.

Das Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die Verhandlung des Autobelats. Zu einer Erörterung der kulturpolitischen Fragen, wie sie vom Zentrum angestellt war, kam es jedoch nicht, da Abg. Windthorst erklärte, mit Rücksicht auf die Unwissenheit der allgemeinen politischen Lage zur Zeit von einer solchen Diskussion Abstand nehmen zu wollen. Die Debatte drehte sich zum größten Theil um die Art der Auseinandersetzung zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche, in Bezug auf welche die Redner des Zentrums auf der einen und der konservativen und der national-liberalen Parteien auf der anderen Seite einander aussehendes Verhalten vorwarfen. Die sonstigen Erörterungen betrafen lediglich Fragen der Schulverwaltung.

Unter der Heberschrift: „Dem Verdienst seine Pension“ stellt die „Freie Ztg.“ folgende Berechnung an: Herr Herbert Bismarck befindet sich seit nunmehr 16 Jahre im Staatsdienst. Da er es bereits bis zum Minister gebracht hat, so würde er im Falle seiner Pensionierung in den Genuß einer lebenslangen Pension von ungefähr 15 000 M. jährlich treten.

Zur Bergarbeiterbewegung. Saarbrücken, 18. März. Die von dem bergmännischen Rechtsschutzverein aufgelegten Sammelkisten für den von Warten geplanten Saalbau waren in Saarlouis und anderen Orten polizeilich beschlagnahmt worden. Der Grund eines Erkenntnisses des Amtsgerichts zu Sulzbach ist die Beschlagnahme aufgehoben und dem Antrag der Amtsanwaltschaft auf Erlaß von Strafbefehlen gegen Warten und andere Mitglieder des Rechtsschutzvereins nicht stattgegeben worden. Der Saal des genannten Vereins soll in Ruppgrün, im Mittelpunkte des Reviers, errichtet werden.

Sten. Dem Bergmann E. Schröder, welcher nach dem Streik im Januar d. J. auf Sachst. Kaiserstuhl in Arbeit getreten war, ist laut der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ gestern durch den Betriebsführer daselbst zum 1. April d. J. gekündigt worden.

Lochspitzelei. Die „Sächs. Arbeiterztg.“ meldet: Am vergangenen Vultag empfing der Restaurateur Beder einen anonymen Brief mit verstellter Handschrift aus Hof folgenden Inhalts:

Lieber Freund!

Es giebt einen neuen Käse. Kommen Sie am Montag Abend 6-7 hinter der Gassin Gesel ihr Schloß oberhalb Plauen. Wo Sie diesen Brief und Kouverte hinlegen, da lege ich den Käse hin, auch Käseformen kann ich liefern. Durch dieses Anzeigen der Zigarre ist das Zusammentreffen bedingt. Alle 14 Tage koster Freund, von dieser Stelle abholen.

auf eine Woche zu dem alten Herrn ins Dorf Jakowlewo kam — woher, das wußten sie nicht — und daß er zugleich mit seinem Vater in die Stadt fuhr. Ueber seine verwundete Hand sagten alle aus, daß er sich nach seinen eigenen Aussagen während der Jagd bei Masasjew in die Hand geschnitten habe.

Der Lehtere sagte im Verhör vor dem Untersuchungsrichter in Samara aus, daß er wirklich erst vor Kurzem Tschalow auf dem Bahnhof getroffen, der ihm mittheilte, daß er aus Moskau zurückkomme und zu seinem Vater fahre. Auf der Jagd war er mit ihm in diesem Jahre nicht gewesen.

Mich überraschte Tschalows Lügen.

— Wie wollen Sie nach alledem läugnen? frug ich ihn. Es kann sein, daß Sie wirklich weniger schuld sind, als es den Anschein hat, aber dann erklären Sie sich, sagen Sie die Wahrheit. Masasjew läugnet geradezu Ihre Aussage. Weshalb bedienen Sie sich eines Lügensystems zur Vertheidigung? Das Gericht kann den Fall nicht anders lösen, als indem es Sie beschuldigt.

Er blieb bei seiner Behauptung.

Die Sachverständigen verglichen Tschalows Schriftzüge mit jenen des bei der Schneiderin gefundenen Fittels. Nach ihrer Meinung war in den Schriftzügen nicht die geringste Uebereinstimmung.

Nachdem er die von mir in der Wohnung Tschalows konfiszierten Messer besichtigt, kam der Arzt zu dem Schlusse, daß Fraulein Ruslanow mit keinem derselben ermordet worden sei.

Ueberhaupt war vieles in diesem Falle unbegreiflich, und unwillkürlich drängte sich die Frage auf: Waren nicht noch andere Theilnehmer an dem Verbrechen? Nachdem ich vergebens alle Kräfte erschöpft, um von Tschalow die Wahrheit zu erfahren, entschloß ich mich, ihn mit dem alten Ruslanow zu konfrontieren. Ich dachte, daß der Anblick des vom Schmerz zerrissenen Greises seinen Lippen das entziehen werde, was er sich gleichsam nur nicht entschließen konnte auszusprechen.

— Sagen Sie mir, ich beschwöre Sie, sagte der alte Ruslanow, den jungen Mann ansehend, was trieb Sie zu

dem Verbrechen? Sie sind noch so jung, Ihre Augen sind so gut, man sieht in ihnen die Reinheit Ihrer Seele! Es ist nicht möglich, daß der Raub des Diabens das Ziel des Mordes wäre. Verbergen Sie nicht irgend jemanden?

— Herr Untersuchungsrichter, ich bitte Sie, mich von den Fragen des Herrn Ruslanow zu befreien, sprach Tschalow zu mir. Ich wünsche nicht, auf seine Fragen zu antworten.

Gut. Gendarmen, führt den Arrestanten ins Gefängnis!

Am 26. Januar erhielt ich aus dem Dorfe Jakowlewo den grauen Palest, die weiße Lammfellmütze und den Koffer Tschalows, die ich zu der Untersuchung brachtete. Diese Sachen sandte ich nach Moskau, um sie den Zeugen vorzulegen, die sie auch als die Sachen anerkannten, welche Tschalow während seines Aufenthalts in Moskau bei sich hatte.

Ich fragte Nikander Petrowitsch, ob er nicht irgend etwas zu seiner Rechtfertigung anführen könne, aber er antwortete ablehnend.

Alsdann erfüllte ich die letzte Formalität der Voruntersuchung, indem ich den Angeklagten von ihrer Beendigung in Kenntniß setzte.

— Um so besser! erwiderte Tschalow. Die Tortur ist dem Ende näher.

Aron dagegen machte eine Menge Aussagen über Umstände, die nicht zur Sache gehörten. Ich war genöthigt, ihm ihre Aufklärung zu verweigern, da dies bloß unnütze Zeitverschwendung wäre.

Tschalow wollte überhaupt die Untersuchungsakten nicht durchsehen, Aron verlangte Kopien von allen Protokollen.

Indem ich die Angelegenheit dem Staatsanwalt des Kreisgerichts zur Formulierung der Anklage übergab, drückte ich ihm meine innerliche Ueberzeugung aus, daß Tschalow und Aron nicht die einzigen Theilnehmer an dem Mord seien.

Nach sieben Tagen erfuhr ich, daß die Anklage abgefaßt und dem Staatsanwalt der Anklagkammer übergeben war. Bevor der Fall von dem lehteren an die Anklagkammer zur Bestätigung des Aktes überging, und

dann über den Staatsanwalt der Kammer zum Staatsanwalt des Kreisgerichts zurückkehrte und von diesem dem Kreisgericht vorgelegt wurde, kam der 18. Februar heran.

Das Gericht bestimmte als Verhandlungstag des Prozesses den 18. März, und ich erwartete voll Ungeduld die Lösung des Dramas.

IX.

Das wahre Gericht.

Der entscheidende Tag für die Angeklagten brach an. Die ganze Stadt drängte sich herbei, um bei der Urtheilssprechung in dem Prozesse zugegen zu sein, in dem der Edelmann Nikander Petrowitsch Tschalow „des Mordes zum Zwecke der Beraubung“ beschuldigt war, und der Kaufmannssohn Chaim Fainelomitsch Aron „der Verheimlichung des Mordes und des Erwerbes und Verkaufes von Brillanten, welche, wie ihm bekannt, durch einen Mord erworben worden“.

Auf Anordnung des Vorsitzenden des Kreisgerichts wurde das Publikum nur gegen Eintrittskarten eingelassen. Es waren über anderthalb hundert Plätze vorhanden. Trotzdem waren um 8 Uhr Morgens alle Korridore des Gerichtesgebäudes mit Neugierigen angefüllt, die sich in dem Sitzungssaal durchzudrängen hofften.

Viele brachten Körbchen mit Proviant mit. Alle erwarteten, daß die Verhandlung lange dauern werde. Bei der Einfahrt stand gleichfalls eine Schaar Neugieriger, welche die Gendarmen nicht einließen.

Genau um neun Uhr eröffnete der Vorsitzende die Sitzung.

Tschalow hatte keinen Vertheidiger verlangt. Als Vertheidiger Arons erschien ein bekannter Moskauer Advokat.

Die Angeklagten wurden heringeführt. Zu beiden Seiten standen Gendarmen mit gezogenen Säbeln neben ihnen.

Es wurde das Verzeichniß der Geschworenenbeisitzer vorgelesen und durch das Loos aus ihnen zwölf Beisitzer und zwei Geschwämmer bestimmt, welche auch vereidigt wurden.

(Fortsetzung folgt.)

Am betreffenden Abend fand sich nun weder nebst einer Anzahl Genossen, welche sich theils auf den Bergen, hinter Bömen und Büschen etc. postirt hatten, an der angegebenen Stelle ein und harrte die Dinge, die da kommen sollten. Schon hielt man die ganze Gesellschaft für einen Montagewitz und gab das Signal zum Sammeln, als plötzlich ein Individuum auftauchte, das Anwesenden in weitem Bogen auswich und eilig seinen Weg beschleunigte. Dieses Gebahren gab das Signal zur Verfolgung, und nach circa 2 1/2 Stunden wurde der „Gefangene“, welcher seinen Weg querfeldein nach Kitz zu genommen hatte, im Biederfeldener Lokal eingekerkert. Er gab hier an, Hochmuth zu heißen und bekannte sich ohne Weiteres als der Briefschreiber. Er sei aus Konstanz und von einem Herrn Fischer und einigen anderen Sozialdemokraten in Kreuzlingen (Schweizer Gebiet) mit Bier und Wein traktirt worden, und man habe ihn hierüber veranlaßt, mit Biederfeldener Leuten in Sachen behufs Einschümelung und Verbreitung verbotener Schriften. Um dies einzuleiten, habe er den Brief in Konstanz geschrieben und in Hof zur Post gegeben. Da die ganze Geschichte der pure Schwindel und man allgemein annahm, daß man es hier mit einem „Kochpfeil“ zu thun, ließ man den „Herrn“ arretiren, was ihn aber vollständig gleichgiltig ließ. Am andern Tag wurde Hausfuchung bei demselben gehalten, zu welcher auch Biederfeldener war. Gefunden wurde selbstverständlich nichts. Hochmuth wohnt hier in Schlafstätte, große Planische Gasse 21, II. Seinen Wohnsitz hat er in Konstanz; er ist Sticker und Spitzenhändler. Statur unterseht, trägt blonden Vollbart, Dialekt süddeutsch. Man nehme sich vor ihm in Acht! Was aus der Geschichte wird, muß abgewartet werden.

Im sächsischen Landtag ist folgende Interpellation eingegangen:

In der Reichstags-Sitzung vom 7. November 1889 hat der Herr Reichstags- und Landtagsabgeordnete Wedel die Behauptung aufgestellt: „Er sei infolge eines am 18. Mai 1882 und zwar ohne Grund ausgesprochenen Haftbefehls, obgleich er angezweifelt habe, daß er in der Pfingstwoche bestimmt in Dresden sein werde und obgleich er in der Woche vor Pfingsten in der That mehrere Tage hier und der Polizei dies bekannt gewesen sei, am Pfingstsonntag, den 27. Mai, während eines Spazierganges mit seiner Familie, auf der Terrasse verhaftet worden. Man habe schließlich den ersten Pfingstfeiertag herankommen lassen, wo die Verichte nicht in Thätigkeit waren und er keine Gelegenheit gehabt habe, sich zu beschweren, um ihn die Pfingstfeiertage von der Seite seiner Familie zu reisen, und erst nach drei Tagen sei er gegen Kaution entlassen worden.“

Dem Herrn Justizminister dieser Vorgang bekannt? Dresden, am 18. März 1890.

Abgeordneter Klein.

Wir sind auf die Antwort begierig. Sie rächen sich. Stuttgart, 17. März. Gestern Abend sagte der „Post. Hg.“ zufolge hier die Vereinigung der Unternehmern und Beschloß, 28 Arbeiter (zum größten Theile Familienmänner), welche bei der Reichstagswahl Stimmzettel für den sozialdemokratischen Abgeordneten Heine abgegeben haben, aus der Arbeit zu entlassen. — Die Meldung illustriert auch sehr gut, was es mit dem „Geheimniß der Wahl“ auf sich hat.

Bei der Nachwahl in Hamm-York für Freiherrn von Schorlemer-Nesi erhielt Nade (Centrum) 9000, Schneider (natl.) 8000 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen Nade und Schneider statt. Die Entscheidung wird sich nach der Haltung der Deutsch-Französischen richten.

Neue sozialistische Revue in Paris. Seit Anfang des Jahres erscheint in Paris eine Monatszeitschrift, welche sich die wissenschaftliche Verbreitung des Sozialismus zur Aufgabe gestellt hat. Sie führt den Titel: L'Idée Nouvelle — die neue Idee — „soziale und literarische Revue“, und erscheint aus dem Verlage von G. Paris, zum Abonnementspreis von 6 Francs — 4 Mark 80 Pf. — das Jahr für das Ausland. Die Hauptmitarbeiter der Zeitschrift sind: Jules Guesde, Ed. Bailant, Maurice Franconi, Paul Vaquargue, Eug. Chirac, Albert Goullé, G. Morelet, G. Picourt, Roparz, J. Dornoy, Eug. Journière, G. Coulet, Hébron, Léon Gladel, Ed. Demont, Lormans, Roulland u. s. w. Man sieht aus diesem Verzeichniß, daß die wichtigsten Vertreter der Sozialdemokratie in Frankreich ihre Kräfte dieser neuen Zeitschrift gewidmet haben, welche wir unter, der französischen Sprache kundigen Lesern hiermit aufs Beste empfehlen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, den 15. März. Der Redakteur des in Malmö erscheinenden sozialistischen Blattes „Arbetet“ („Die Arbeit“) hat, nachdem er Anfang dieses Monats eine Gefängnisstrafe abgedient, eine Rundreise im südlichen Schweden unternommen, auf welcher er in verschiedenen Städten und Dörfern Vorträge hielt. In Stockholm soll am 28. Juni die vierte schwedische Arbeiterversammlung eröffnet werden. Von 88 Fachvereinen wurde hier eine Versammlung abgehalten, in welcher über die am 1. Mai (ein Tag, der übrigens auch sonst ein Festtag für Schweden ist) etwa vorzunehmenden Demonstrationen beraten wurde. Es ist beschlossen worden, an dem genannten Tage (einem Donnerstag) nicht zu arbeiten und den Oberstaatsrat zu ersuchen, den Abmarsch einer Arbeiterprozession vom Kungsträdgärd aus nach dem sozialdemokratischen Versammlungsorte zu gestatten. Auf Carlshamn will man den Tag über arbeiten und erst Abends 7 Uhr demonstrieren.

Großbritannien.

Leeds, 18. März. Der Kohlenmangel verursacht schwere Unzuträglichkeiten für die Einwohner, große Störungen in allen Geschäften; mehrere Fabriken und Hüttenwerke sind genöthigt, mit der Arbeit auszuharren. Die Verärthung liegt nahe, daß, falls der Streik nicht mit Ende der Woche vorüber ist, es auch an Gas mangeln wird. Depeschen aus anderen Industriekentren in Burnley und Lancashire geben ein Bild gleichartiger Lage. In Burnley sind 80 Fabriken geschlossen, 6000 Angestellte ohne Beschäftigung. Mehrere Fabrikbesitzer haben die Forderungen der Vergleute bewilligt, und man hofft, dies Beispiel werde Nachahmung finden.

Liverpool, 18. März. Die Streikenden hielten heute hier und in Wirkenhead Versammlungen ab, in welchen beschlossen wurde, den Streik fortzusetzen. Der Sekretär der Arbeiter-Association Mac Hugh führte in seinen Ansprachen aus, daß die Arbeiter noch nicht Hungers zu sterben hätten; bevor dies einträte, könnten aber alle der Verweigerung vorkommen. Das Unterhansmitglied Graham klagte die Kapitalisten an und ertheilte den Arbeitern den Rath, sich nicht mit ihren Verhältnissen zu fügen zu geben.

Frankreich.

Paris, 18. März. Deputirtenkammer. Die heute verlesene Erklärung des Ministeriums sagt: Das Kabinat sei tief durchdrungen von seiner Verantwortlichkeit und seinen Pflichten und werde sein Verhalten den Wünschen des Landes anpassen: Wir werden, wie unsere Vorgänger, nicht nur die republikanischen Staatsverpflichtungen, sondern das ganze republikanische Werk, das von den früheren gesetzgebenden Faktoren verstanden, energisch zu verteidigen wissen; wir werden gleich anständig und warm an alle Fraktionen der republikanischen Partei appelliren, werden die Kräfte derselben zu gleichem Ziele zu vereinigen suchen, werden niemanden von seiner Mitwirkung ausschließen und auf dem Boden der Republik Willkommene empfangen, die mit gutem Willen kommen, um mit uns an der Fortführung der wirtschaftlichen und sozialen Reformen zu arbeiten. Wir werden so bald als möglich jenseitige große, duldsame und friedliche Verhandlungen eingeleiten, welche der unbilligen Zustand und das ersehnte Ziel der Kämpfe ist, durch die unser Weg führt. Das Land hat seinen Willen kund gegeben, daß die

Grundlagen seines Zollsystems erneuert werden; es erwartet den Ablauf der Handelsverträge im Jahre 1892, um neue Tarife aufzustellen und wird nach gründlicher Prüfung einen wirksameren Schutz für die Landwirtschaft und die nationale Arbeit verlangen. Die Regierung schließt sich offen diesem Gedanken an; sie wird Maßregeln treffen, damit bis 1892 nichts die Freiheit des Handels, auch nicht gegenüber der befreundeten Nation beschränke, deren Handelsbeziehungen zu Frankreich jüngst den Gegenstand der Beratungen des Senats bildeten. Wir befinden uns in einer Epoche sozialer Umbildung, wo die Verhältnisse der Arbeiter mit Recht den Gegenstand neuer sorgfältiger Bemühungen bilden. Die erste Pflicht der öffentlichen Gewalt ist, sich zu der arbeitsamen Bevölkerung zu wenden und derselben den Weg zu einer besseren Situation zu erleichtern. Keine Regierung kann sich dieser Pflicht entziehen, eine republikanische muß sich mehr als jede andere von denselben durchdringen lassen. Wir werden baldmöglichst Gesetze vorschlagen, welche bezwecken, die Unterstützung, die Fürsorge, den Geist der Gegenseitigkeit, in einem Wort, alle Elemente fortschreitender Besserung des Looses der Arbeiter und der Sicherung ihrer alten Tage zu fördern. Wir halten nicht für notwendig, in ein detaillirtes Programm einzugehen und die Entwürfe auszuführen, welche die Ereignisse zuzunehmen zu bloßen Versprechungen stempeln. Sie werden uns nach unseren Thaten beurtheilen. Wir streben darnach, eine Regierung in der wirklichen Bedeutung des Wortes zu sein. Die Regierung hat nicht bloß die Gesetze im Innern auszuführen zu lassen und Frankreich nach Außen geachtet zu machen, ihre Thätigkeit muß sich in allen Kundgebungen des nationalen Lebens bewähren; überall muß der Bürger fühlen, daß der Gang der öffentlichen Angelegenheiten nicht dem Zufalle überlassen ist, sondern einer festen, unablässigen Lenkung gehorcht. Die parlamentarische Mehrheit muß wissen, daß sie ihre natürlichen Rathgeber vor sich hat, welche bereit sind, ihre Meinung über alle Fragen auszusprechen, und welche nicht fürchten, sich an die Spitze zu stellen, um Ordnung und Methode in ihre Arbeiten zu bringen. Wir können diese Regierung sein; von Ihnen hängt es ab, daß wir sie werden, indem Sie uns Ihr Vertrauen schenken; wir glauben dasselbe durch unsern guten Willen, unsere Entschlossenheit und unsern Wunsch nach Fortschritt, sowie durch unsere Ergebenheit für Frankreich und die Republik zu verdienen.

Paris, 18. März. In der Deputirtenkammer verlas der Kabinetts-Präsident Freycinet, unter großem Beifall, die Erklärung der Regierung. Von Zustimmung waren namentlich diejenigen Stellen begleitet, welche von der für Jedermann offenen, toleranten Republik reden. Auf Rodroy's Bitte, die Regierung interpelliren zu dürfen, erwiderte Freycinet, er nehme die sofortige Diskussion an. Hierauf erbat sich Rodroy Auskunft über in der Erklärung nicht besonders namhaft gemachte Fragen, wie Schul- und Militärgesetze. Freycinet antwortete, diese Gesetze würden im Geiste der Gerechtigkeit und Festigkeit zur Ausführung gebracht werden. Er sagte ferner aus, die Regierung solle bedenken, daß gewisse Gesetze, namentlich die Schulgesetze, nicht ohne eine gewisse Reibung würden zur Anwendung gelangen können; er, der Redner, und seine Freunde seien bereit, das Ministerium zu unterstützen, wenn es eine offene, liberale und tolerante Politik verfolgte. (Beifall im Centrum.) Vorübergehend erbieth sich Rodroy über die Absichten der Regierung hinsichtlich der Presse. Freycinet erwiderte, die Behörden würden die Gesetze ohne jede Feindseligkeit zur Anwendung bringen, aber die Interessen der Republik energisch verteidigen. Gegenüber verschiedenen vorgeschlagenen Tagesordnungen erklärte der Ministerpräsident, er lehne die einfachsten Tagesordnungen ab. Ein solcher Antrag wurde denn auch mit 322 gegen 134 St. verworfen. Delafosse (Republikaner) theilte Namens seiner politischen Freunde mit, sie würden sich der Abstimmung enthalten und erst abwarten, was die Regierung thun werde. Léon Say erklärte sodann, indem er einem Vertrauensvotum zustimme, stünne er für ein Kabinat der Mäßigung. Hierauf wurde das Vertrauensvotum mit 318 gegen 78 St. angenommen. Die Kammer lehnte nunmehr noch auf einen Bericht des Deputirten Arbie die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Deputirten Cluseret ab; dann wurde die Sitzung geschlossen.

Im Senat verlas Justizminister Fallouca die Erklärung der Regierung, welche mit lebhaftem Beifall angenommen wurde.

Kommunales.

Der Staatsauschuß der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung des Stadthaushalts-Etats für 1890/91 hielt am Montag Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. Strupf seine sechste Sitzung ab. Die mehrstündige Verhandlung galt allein dem Etat der Tiefbau-Verwaltung. Die Summe von 8 850 000 M. zur Erwerbung von Terrain zu Straßenanlagen und Plänen wurde nach längerer Debatte genehmigt. Ein Antrag zur 2 800 000 M. hierfür einzusetzen, wurde abgelehnt mit Rücksicht darauf, daß aus dem neuen Etat voranschreitend größere Posten zu zahlen sein werden, wie für die Durchlegung der Charlottenstraße 200 000 M., für Reichstagsufer 600 000 M., für Köpenick 1-6, Stratenstraße, Gormannstraße, Verlängerung der Hagenstraße 100 000 M., für Terrains des kleinen Thiergartens, Schönhauser Allee, Wassergasse und Uferstraße mindestens zunächst 500 000 M., sowie aus zur Zeit schwebenden Prozessen, deren definitive Entscheidung voraussichtlich im Jahre 1890/91 erfolgen dürfte, für Reichstagsufer (Hoff) circa 500 000 M., Hoffstraße 400 000 M., Weidenbaum circa 250 000 M., Durchlegung der Zimmerstraße circa 300 000 M., Lotzringstraße (Mennicke), Fennstraße (Abode), Platz A Wilhelmstraße XI (Triefethan), Straße 13, Platz E, Blücherstraße 43a ca. 100 000 M., Schmale Gasse ca. 100 000 M., Brunnenstraße 1 und Weinbergweg 1 120 000 M. Außerdem sind die Kosten der Erwerbung kleiner Terrains hierbei nicht zu unterschätzen, die Menge derselben wird eine ansehnliche Kostensumme erfordern; in Rücksicht ferner darauf, daß durch die Enteignung des Sägewerkes, welche von den Kommunalbehörden beschlossen worden, nicht unbedeutende Kosten entstehen werden. Im Extraordinarium sind die von Magistrat eingestellten Kosten der Neupflasterung von zwanzig Straßen etc., im Betrage von 1 461 000 M. genehmigt worden. Zur außerordentlichen Umplasterung größerer Straßenstrecken sind 800 000 M. bewilligt worden. Die Auswahl der umzuflasternden Straßen bleibt vorbehalten. Organ Brücken und Wasserbauten ist ebenfalls nichts erinnert, dieselben gelangten zur Annahme. Bei dem Um- bzw. Neubau der Oberfährchenbrücke (vor Treptow) soll der Magistrat in Erwägung nehmen, ob nicht eine Verbreiterung derselben stattfinden könne und eventuell der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage machen, weil vor einigen Jahren bei Gelegenheit der Einlegung von Fährbahnlinien die Schleifseilbrücke verdrängt worden ist. Schließlich wurde der ganze Etat nach dem Staatshaushalt genehmigt.

Die Tages-Ordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 20. März, lautete: Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten — Fortsetzung der Stadtverwaltung und zwar über die Etats, betr. das Krankenhaus Moabit, die nicht zum Normal-Besoldungssatz und die zu diesem Etat gehörigen Stellen, die Geschäftsbedürfnisse und Projektkosten, die Pensionen, Wittwen-Pensionen und Unterstützungen, die Straßenbeleuchtung, Reinigung und Bepflanzung, die Gemeinde-Friedhöfe, die Verwaltungen der Casanaltalen, der Kanalisationswerke und der Hofhäuser, sowie des Central-Viehmarktes, des Schlachthofes und der Fleischschau auf dem Schlachthof, ferner über die Etats, betr. die Fleischschau für das von außerhalb eingeführte frische Fleisch und die Hauptkassette der städtischen Werke — Vorlage, betr. den Ankauf verschiedener Guts- und bäuerlicher Grund-

stücke zwecks Erweiterung und besserer Abgrenzung der zur Kanalkonstruktion erforderlichen Grundstücke — desgl., betr. die Verabreichung der von der Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, G. Lestmann u. Co., für das Kalenderjahr 1889 zu zahlenden Abgabe — desgl., betr. die Erwerbung des Straßenlandes vor dem Grundstück Kurstraße 50 — desgl., betr. die Legung eines Wasserrohrs nach dem Festplatz für das X. deutsche Bundeschießen und die Hergabe von städtischem Leitungswasser während der Bauausführungen und des Festes — desgl., betr. die Festsetzung von Baufluchtlinien für eine auf dem Lustigplatz zu errichtende neue Kirche — desgl., betr. die Ueberlassung eines Theiles des Dennewitzplatzes an die Jüdisch-Apostel-Gemeinde und die Festsetzung von Baufluchtlinien für diese Kirche — desgl., betr. die Ueberlassung des Stadtbahngehörs 136 — desgl., betr. die Festsetzung von Baufluchtlinien für die Markthalle auf dem Markteinsplatz — desgl., betr. die Ueberlassung von Bagaterrain zur Anlage einer Freitreppe nebst Zufahrtsrampe vor der Wasserfront des Reichstagsgebäudes am Königsplatz — desgl., betr. die Weiterverpachtung der Chauffeedebestelle Martinidenfelde an den bisherigen Pächter — desgl., betr. die anderweitige Benutzung des städtischen Grundstücks Reichenergerstraße 66 für Zwecke der dort befindlichen Desinfektions-Anstalt 1 — drei Rechnungen — sechs Unterstützungs-sachen.

Verfammlungen.

Der Fachverein der Tischler hatte zum Dienstag Abend eine außerordentliche Generalversammlung nach Jock's Lokal am Andreasplatz einberufen, zu welcher sich ca. 2000 Kollegen eingefunden hatten. Die Tagesordnung lautete: Sind die Tischler Berlins in der Lage, in diesem Jahre in eine Lohnbewegung einzutreten und welches sind die aufzustellenden Forderungen? — Hierzu hatte Herr Wiedemann das Referat übernommen. Der Eintritt in die Tagesordnung forderte Herr Glöck die Anwesenden auf, sich zu Ehren der vor 42 Jahren gefallenen Märzämpfer von den Sitzen zu erheben, welcher Aufforderung einhellig entsprochen wurde. Der Referent betonte Eingangs seines Vortrags, daß die vorliegende Frage von einschneidendster Wichtigkeit sei. Die Nothwendigkeit einer Verbesserung seiner Lage werde wohl Jeder einsehen, aber man habe auch mit der Möglichkeit zu rechnen, zu erwägen, ob eine Lohnbewegung erfolgreich durchgeführt werden könne. Nach verschiedenen sorgfältigen Beratungen sei man zu einem negativen Resultat, zu der Ueberzeugung gekommen, daß zur siegreichen Durchführung eines Streiks keine genügende Organisation vorhanden sei. Es mangle noch immer an den notwendigen Vorbedingungen für den Erfolg einer großen Lohnbewegung. Der Fachverein, welcher die Mehrheit der organisirten Kollegen Berlins vereine, habe nur eine Mitgliederzahl von ungefähr 4000, während man an Orte mit ca. 20 000 Tischlerkollegen zu rechnen habe. Die Steigerung der Mitgliederzahl sei trotz aller Agitation hinter den gehegten Erwartungen zurückgeblieben. Jeder Tischler, der verlange, daß in einen Streik eingetreten werden solle, habe zunächst die Pflicht, Mitglied der Organisation zu sein. Die Klagen über die tief traurigen Verhältnisse im ganzen Gewerbe seien nur zu berechtigt, die vorgenommene Statistik habe das zur Genüge bestätigt; eine genaue Durchführung derselben würde zweifellos den Beweis liefern, daß der Durchschnittslohn der Tischlerkollegen in Berlin 15 M. nicht wesentlich überschreite. Die Kollegen müßten angesichts dieser Zustände doch mindestens den ernstlichen Willen zeigen, an der Beseitigung derselben mitzuwirken. Diesen Willen bekunde man durch den Beitritt zur Vereinigung, ohne welche der Bewegung jeder Nachdruck und Zusammenhang fehle. Es sei mehr wie leichtfertig, wenn man sich Hals über Kopf in einen Streik stürzen würde, der schließlich die ganze Bewegung auf lange Zeit zurückdrängen könnte. Aus dem übrigen Deutschland werde man für die nächste Zeit nur auf geringe Unterstützung rechnen können, da bereits die Städte erklärt haben, in eine Lohnbewegung einzutreten zu wollen. Wollte man nicht einen nutzlosen Kampf beginnen, so sei in erster Linie nothwendig, daß sich die Berliner Kollegen bis zum 1. Mai vollständig organisiren, mindestens müßten bis dahin 12 000 Tischler dem Fachverein angehören. Dadurch werde man auch die notwendigen Mittel zur Unterstützung erlangen. Wenn es zum definitiven Eintritt in die Lohnbewegung komme, werde man vornehmlich einen 8 1/2 stündigen Arbeitstag, eine Mindest-Abzlagszahlung von 20 M. wöchentlich, Beseitigung aller Ueberstunden- und der Sonntagarbeit, Abschaffung aller Berufs-Ordnungen und aller willkürlichen Strafbestimmungen fordern müssen. Redner forderte am Schluß seiner Ausführungen nochmals auf, energisch für die Verpflanzung der Organisation einzutreten, dann werde man auch bald ein entscheidendes Wort sprechen können. (Beifälliger Beifall.) Ueber den gehörigen Vortrag entspann sich eine lebhafteste Diskussion, an welcher sich die Herren Müller, Kpelt, Kanndow, Schade, Glöck, Ahrens und Bruhn beteiligten. Sämmtliche Redner schlossen sich im Wesentlichen den Ausführungen des Referenten an. Das Ergebnis der Debatte war die Annahme einer Resolution, welche in drei Theile zerlegt wurde, über welche einzeln die Abstimmung stattfand. Derselbe lautete: 1) Die heutige außerordentliche Generalversammlung des Fachvereins der Tischler beschließt, gemäß dem Beschlusse der vorjährigen Generalversammlung erst dann in einen Streik einzutreten, wenn mindestens 10 000 Kollegen dem Fachverein angehören; sie fordert die nicht organisirten Kollegen auf, sich demselben unverzüglich anzuschließen; 2) falls die Mitgliederzahl bis zum 1. Mai 10 000 erreicht haben sollte, sind alle Forderungen vornehmlich eine 8 1/2 stündige Arbeitszeit und eine Mindest-Abzlagszahlung von 20 Mark wöchentlich aufzustellen. Dem Vorstand bleibt es jedoch überlassen, den Zeitpunkt für den Beginn des Streiks festzusetzen; 3) Unterstützungen werden erst nach einer sechs-wöchentlichen Mitgliedschaft vom Verein gezahlt.

Teil 1 und 2 wurden einstimmig, Teil 3 wurde gegen ca. 50 Stimmen angenommen. Inzwischen war folgende Frage eingelaufen: Ist nicht auf dem letzten Tischler-Kongress beschlossen worden, daß, bevor von einem Fachverein in Deutschland ein Streik betriebsfertig wird, die Angelegenheit einer außerordentlichen Kommission zur Entscheidung vorgelegt werden soll? Diese Frage wurde von Herrn Wiedemann dahin beantwortet, daß es bisher unmöglich gewesen sei, sich der Central-Organisation anzuschließen, weil noch immer Hindernisse dem entgegenstanden. Wenn die in der Resolution bezeichnete Fiffer am 1. Mai erreicht sei und in Folge dessen die Lohnbewegung beginne, so befände man sich eben in einem Zustande der Nothwehr. — Nachdem man noch dem Boykott über die im „Berliner Volksblatt“ publizirten Cigarettenfabriken und Blumberg zugestimmt hatte, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Gedeihen der Tischlerorganisation, sowie sämmtlicher Arbeiterorganisationen geschlossen.

In der zahlreich besuchten Versammlung des allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins, welche am 11. d. M., Schwebertstr. 23, stattfand, sprach Herr Hildebrandt über Arbeiterbewegung und Kultur. Er wies nach, daß das Bestreben der Arbeiter und namentlich der Arbeiterinnen heute auf eine Verklärung der Arbeitszeit gerichtet sein müsse. In der Pause trafen sich 24 Personen auf. In der Diskussion wurde hauptsächlich die Stellung der Plätterinnen beleuchtet. Es wurde beschlossen, nur in solchen kaufmännischen Geschäften zu kaufen, die des Sonntags-Nachmittags geschlossen wären. Ebenso wurde gegen die Blumberger Bauern resoluirt.

Theater.
 Donnerstag, den 20. März.
Opernhaus. Garbanapal.
Schauspielhaus. Dorf und Stadt.
Leistung-Theater. Das vierte Gebot.
Berliner Theater. Antoinette.
Deutsches Theater. Krieg im Frieden.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der arme Jonathan.
Wallner-Theater. Madame Bonivard. Vorher: Der dritte Kopf.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Ostend-Theater. Die Rache.
Residenz-Theater. Marquise.
Sellealliance-Theater. Der Nauticus.
Königstädtisches Theater. Der Fall Clemenceau.
Central Theater. Ein sibeles Haus.
Adolf Ernst-Theater. Der Goldfisch.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variétés. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variétés. Spezialitäten-Vorstellung.

American-Theater
 Dresdenerstraße 55.
 Täglich Vorstellung.

Circus Renz.
 Karlstraße.
 Heute, Donnerstag, den 20. März 1890, Abends 7 1/2 Uhr:
 3. 1. Male, ganz neu arrangiert:
Die Touristen
 oder: Ein Sommertag am Tegernsee.
 Große Original-Pantomime.
 Vorführen der 6 engl. Vollblut-Jagdperde (Original-Dressur), sowie die große Stoeple-chasse von 8 engl. Vollblut-Springpferden, zu gleicher Zeit in Freiheit dressirt und vorgeführt von Franz Renz (eine bisher unerreichte Leistung auf dem equestrischen Gebiet).
 Austr. d. renommierten Luftkünstlerinnen Geschw. Castagna, sowie der vorzüglichen Reitskünstlerinnen und Reitskünstler. Auftreten der Schultzeiterin Fräulein Mary.
 Morgen Freitag: Die lustigen Heidelberger.
 Sonntag: 2 Vorstellungen.
 E. Renz, Direktor.

Circus Wulff.
 Friedrich Carl-Ufer.
 Gde Karlstraße.
 Donnerstag, 20. März, Abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
 U. A.: Auf stetes Verlangen „Mikado“, das so rasch beliebt geworden, beste Springpferd der Gegenwart, welches einen noch nie gesehenen Sprung durch die Krupp'sche Kanone macht. Hr. Palmer, der großartigste Jongleur zu Pferde. 10 in Freiheit dressirte Trapezler Hengste, vorgeführt vom Direktor Wulff. Auftreten der Revisor-Truppe. Fräulein Zephora in ihren Leistungen am elektro-mechanischen Luftapparat. (Pat. ang.) Fräulein Rosa in ihren prächtigen Längen und Sprüngen zu Pferde etc. etc.
 21. Unter den Linden 21.
 Im Hause der Wilhelmshallen neben der Passage.

Ben-Vorführung
 Täglich Ali-egyptischer u. indischer
 7 1/2 Uhr Abends. **Bey** Zauber-künste.
 3, 2 u. 1 M. Billets im Invalidentank.

Englischer Garten
 Alexanderstraße 27a.
 Auftreten der Chansonette Fräulein **Francisca Normann.**
 Auftreten des Gesangs-Humoristen **Hrn. Köhler.**
 Auftreten der Duettisten **Albert und Nelly Rappmann.**
 Auftreten der Chansonette Fräulein **Jenny Peters,** sowie der musikalischen Clowns **Toni und Jack.**
 Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 30, 50 u. 75 Pf., im Vorverkauf 20 u. 30 Pf.
 Sonntags Anfang halb 8 Uhr.
 Sonntags Entree 50, reservirt 75 Pf., Orchester 1 Mark.
 Vorverkauf Entree 40 Pf.

Vassage 1 Er. 9 Uhr M. 6. 10 Uhr Ab.
Kaiser-Panorama.
 Zum ersten Male: **Wirts Reise d. das malerische Schottland.**
 Zum ersten Male: **Dehnte Reise d. die malerische franz. Schweiz.**
 Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
 Abonnement 1 M.
 Rosterhandlung. Bil. Nette 3. Klein. u. groß. Dosen, 3. Klein. u. gr. Anz. Sammet, Seide, Blüsch u. alle Beschäfte. Trilots 3. Zailen, a. Wunsch zugeschnitten. Bret. Anaben-Anzüge. **Karl, Kaufherrl. 1.**
 Gde Waldemarstraße. [1897]

Geschäftshaus S. Heine.
Chausseestraße 14.
 Die schönsten
Kinderröcke u. -Mäntel
 für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröde, Unterröde u. Tricottailen
 auch im Einzelverkauf sehr billig!
 Massbestellungen u. Reparaturen
 werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14.
Geschäftshaus S. Heine.



Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte „Helm-Putz-Pomade“ ist nur unser Erzeugniß. Dessen mit anderen Helmen und anderer Firma weise man als werthlose Nachahmung zurück.

Emil Lefèvre,
 Berlin S., Oranienstr. 158.
 Austr. Musterbücher franko.

Den Genossen halte ich meine
Wästen-Garderobe
 bei Bedarf best. empfohlen.
Größte Auswahl!
 Bill. Preise. Vereinen Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
 Oranienstrasse 178, Adalbertstrasse 93.

Bettfedern und Daunen
 und Daunens
 rein und staubfrei in jeder Preislage.
Fertige Betten
 großer Stand: Oberb., Unterb., 2 Kissen v. 12 M. an. Fert. Jaletts, Bezüge, Matratzen jeder Art und Polsterbetten empfiehlt billigst das Spezialgeschäft von
S. Pollack, Oranienstr. 61,
 am Moritzplatz. 1541
 Das 20 jähr. Bestehen meines Geschäfts bürgt für strengste Reellität.

Kinderwagen-Bazar
 Jerusalemstr. 56, Hof Parterre.
 Großartige Auswahl jeder Art billigst! (Auch a. Theilzahlg.)

Filz- und Seidenhüte
 (nur mit Arbeiter-Kontrollmarke) neuester Façons in großer Auswahl empfiehlt zu billigen Preisen
Carl Raettig,
 1714 **Hutmacher.**
 Fehrbellinerstr. 88, part. links. (vis-à-vis der Apotheke).

A. Br. Lotterie.
 Ziehung 1. Kl. S. u. 9. April.
 Loose u. Anthelle empfiehlt
M. Meyer's Glaskollette,
 Berlin O.,
 Koppenstrasse 66.

Kollegen **H. Wenzhal** zum 25. Wiegenfeste ein dreifaches Hoch! Die Kollegen von 91.
 Unserem werthen Freunde und Kollegen, Herrn **Wilhelm Timm,** ein donnerndes Hoch zu seinem heutigen Wiegenfeste. Dies wünschen die unterzeichneten Freunde
F. S. H. S. E. D. J. S. H. V. W. H. O. E. A. S. F. H. S. S. S. S.
 NB. Wilhelm, heute Abend giebt's bei Höhe kein Selterwasser. 258

Unserm Freund und Genossen, dem Farbenverfertigungs-Künstler **Theodor Krig,** zu seinem 26. Wiegenfeste ein dreifach donnerndes Hoch, daß die Pinfel einen polnischen Kreuzpöcker tanzen. 248
 Seine Schicksalsgefährten:
E. M. S. S. S. S. S.
 Nach langen, schweren Leiden ist unser ehrenwerther Kollege und Werkführer **Eduard Kleiner.** 237
 Dies ehren hierdurch die Kollegen und Kolleginnen der Lederwarenfabrik von **W. Spilke,** Brandenburgstr. 58. Die Beerdigung findet Freitag Nachmittags 4 Uhr, von der Raunynstr. 62, aus, statt.

Danksagung.
 Allen Freunden und Verwandten, vor allen dem „Verein der Fuher Berlins und Umgegend“ für die so überaus große Theilnahme und Spenden am Grabe meines verstorbenen Mannes, des Fuher's **Hug. Voigt,** meinen tiefgefühlten Dank. 238
 Die tiefgebeugte Wittwe **Gertha Voigt,** nebst Kindern, Mutter und Geschwistern.
 Schönfließ bei Hermsdorf.

Max Grünbaum's
 weltberühmte **Panzerketten**
 prämiirt auf den Ausstellungen in Amsterdam u. Nürnberg von echt Gold nicht zu unterscheiden mit 18kar. Gold im Feuer vergoldet.
5jährige Garantie.
 Damen-Ketten aus Gold u. Silber.
 für Herren 3 Stück 5 M.
Panzerketten

Garantie-Schein.
 Für die bei mir gekaufte Panzerkette übernehme ich eine Garantie auf 5 Jahre, d. h. ich zahle den Betrag zurück, falls die Kette innerhalb 5 Jahren den gold. Schein verliert.
Max Grünbaum.
 Man verlange den illustrierten Special-Catalog über Uhrketten in Gold und Nickel. Zusendung gratis.

Rohtabal A. Goldschmidt,
 Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl.**
Garantirt scharf brennende Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindlichen Rohtabale sind am 1863 Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Hack'schen Markt.

Hausabriß
 halber Schlafsofa 30 M., Bettstellen mit Matratzen (50 Patentsfedern, Nothhaarlage), Keilissen, zusammen 28 M. Reelle Arbeit unter Garantie. Blüsch-garnituren, hochselegant, 100 M., Kleiderspind, Vertikow, Spiegel, Tische, Stühle. Gelegenheitskauf f. Möbelhändler und Privatleute. Polstermöbel-Fabrik von **Schwarz, Tapezierer, Alexanderstr. 52,** 1. Etage, Alexanderplatz. [1891]

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 28, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Geschäfts-Verkauf.
 Wegen Sterbefalls beabsichtige ich mein Geschäft, **Kunst-Handlung, Vergolderei, Bau- u. Kunstglaseri, Glas- u. Goldleisten-Handlung** en gros u. en détail, welches einzig in seiner Art hier am Plage — einer größeren Seestadt — unter sehr günstigen Bedingungen sofort zu verlaufen.
 Offerten erbeten sub H. & V. R. I. an **Haasenstein & Vogler A.-G.,** Berlin SW. 19. 170

Rohtabak sämmtlicher Sorten.
 Größte Auswahl, billigste Preise.
 727 **G. Ekhusen, Mühlstr. 10.**

Gr. öffentl. Volks-Versammlung
 am Freitag, den 21. März, Abends 8 1/2 Uhr, im grossen Joël'schen Saal (fr. Keller), Andreasplatz.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Bevölkerung Berlins und die Sonntagsruhe der in kaufmännischen Geschäften Angestellten.
 Referenten: Handlungsgehilfe **U. Hinze** und Hausdiener **O. Lambrecht.**
 2. Freie Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zu dieser Versammlung ist das laufende Publikum — Männer und Frauen — ganz besonders eingeladen. Das Erscheinen aller Handlungsgehilfen, Gehilfen und Hausdiener wird erwartet.
 Der Einberufer: **J. F. L.**

Grosse öffentliche Versammlung
 der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, Chirurgischer und anderer Instrumentenmacher Berlins
 Freitag, den 21. März, Abends 8 Uhr, in **Orschel's Salon,** Sebastianstr. 89.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht über den Heidelberger Mechanikertag und die Jenerseer Konferenz. Referent: Kollege **U. Bremer-Hamburg.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zur Dedung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt.
 Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen ersucht **Der Einberufer.**

Ausserordentliche Versammlung
 sämmtlicher in der **Mäntel- u. Trikot-Branche beschäftigten Arbeiterinnen**
 am Freitag, den 21. März, Abends 8 Uhr, in **Weimann's Volksgarten** (Gesundbrunnen).
 Tages-Ordnung:
 1. Die Frauenarbeit und der Ernst der Arbeiterinnen-Bewegung. Referent: Fräulein **Selma Chaim.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Auch Herren haben Zutritt. **Die Einberuferin.**

Große öffentl. Versammlung
 sämmtlicher **Zimmerleute** Berlins u. Umgegend
 am Freitag, den 21. März, Abends 8 Uhr, in **Fuggenhagen's Restaurant** am Moritzplatz.
 Tages-Ordnung:
 1. Delegirtenwahl zum Colhaer Kongress. 2. Wie ist die jetzige Lage betreffs der neunständigen Arbeitszeit? 3. Kameraden, jeder muß sich informieren, also fehle keiner!
J. A.: Der Gesellen-Ausschuß.

Berein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfarbeiter.
 Am 22. März, zur Feier des zweiten Stiftungsfestes:
Grosser Familien-Ball
 in **Orschel's Salon,** Sebastianstraße Nr. 89.
 Anfang 8 Uhr. Entree für Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.
 Zu diesem Stiftungsfest ladet, einen vergnügten Abend versprechend, ergebenst ein **Das Komitee.**
 Billets sind zu haben bei **Emil Bohn,** Brangelstr. 88; **Karl Gey,** Granseerstr. 9; **Zul. Böschke,** Münchenerstr. 6; **Paul Timm,** Brangelstr. 123; **S. Weisfluch,** Friedrichsberg, Würtelstr. 12.

Gr. öffentl. Versammlung
 sämmtlicher **Schrauben-Façondreher u. Berufsgenossen** Berlins
 am Donnerstag, den 20. März, Abends 8 Uhr, in **Deigmüller's Salon,** Alte Jakobstrasse 48a.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie stellen sich unsere diesjährigen Forderungen? — 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**
 Ueber folgende Werkstätten ist noch die Sperre verhängt, und bitten den Zugang nach denselben fernzuhalten: 1. **Geinader & Werr,** Alexanderstr. 2. **Döhne & Comp.,** Reichenbergerstr. 45. 3. **Bartels & Hofbauer,** Köpenickerstr. 38. 4. **Neuhaus & Comp.,** Ludenwalde.



August Herold
 Berlin 50. **Nr. 5. Reichenbergerstrasse Nr. 5**
 zwischen Rottbuser Thor und Ritterstraße.
Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.
 Gediegene Arbeit. Zeitgemässe Preise. Coulaute Zahlungsbedingungen.
Möbel auf Theilzahlung Lothringersfr. 75. **Lowen.**

Lokales.

Die Lokalkommission veröffentlicht nachstehend die Liste der Wirthe, die ihre Lokale zu Versammlungen unentgeltlich hergeben und bemerkt hierzu, dass dieselbe wöchentlich einmal mit den Abänderungen abgedruckt wird, ferner, dass Veröffentlichungen in Bezug auf die Lokalfrage nur von den Herren Wilhelm Werner, Sebastianstr. 72, August Jnsinger, Rübensdorferstr. 45, Otto Seindorf, Langestr. 70, auszugehen haben. Alle event. Unregelmäßigkeiten sind an die genannten Herren zu berichten.

- Altienbrauerei Moabit.
- C. Bachmann, Dresdenerstr. 46.
- Bergschloßbrauerei, Rixdorf.
- Beyer, Neue Grünst. 14.
- Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
- Böhmisches Brauhaus.
- Bönhof, Müllerstr. 142.
- Böhm's Brauerei.
- Bolzmann, Andraestr. 26.
- Bobert, Weinstr. 11.
- Brauerei Zivoli, Kreuzberg.
- Brauerei Königsstadt.
- Brauerei Friedrichshain (Pils).
- Brauerei Friedrichshöhe (Pagenhofer).
- Brauerei Pflaßberg.
- Buggenhagen, Moritzplatz.
- Bürgerfals, Dresdenerstr. 96.
- Königspark Ostend, Frankfurter Allee.
- Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
- Deutsches Volkstheater, Schönhauser Allee.
- Giseller-Stabilisment, Chausseestraße.
- Glyfium, Landsberger Allee.
- Hauptmann, Invalidenstr. 144.
- Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75. 7
- Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79.
- Grat, Brunnenstr. 33.
- Gründer's Salon, Schwerinstr. 13.
- Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
- Deise, Lichtenbergerstr. 21.
- Denrich's Sals, Weuthstr. 18/21.
- Friß Jgls, Wilsnaderstr. 63.
- Industrie-Hallen, Mariannenstr. 31/32.
- Joel (früher Keller), Andraestr. 21.
- Jordan's Salon, Neue Grünst. 28.
- Kaufmann's Varietés, Königs-Kolonaden.
- Keller, Bergstr. 68.
- Königshof, Bülowstraße.
- Königsstadt-Kasino, Holzmartstr. 72.
- Klein's Feisale, Oranienstr. 180.
- Klein, Hofenbaide.
- Königsbarr, Or. Frankfurterstr. 117.
- Krieger's Salon, Wasserthorstr. 68.
- Kuhlmey's Gesellschaftshaus, Köllinerstr. 17.
- Mehner, Landsbergerstr. 37.
- M. Röwe's Gesellschaftshaus, Fichtestr. 29.
- Neustädtischer Volksgarten, Prossauerstraße.
- Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 58.
- Orschel, Sebastianstr. 39.
- Pohl, Müllerstr. 7.
- R. Rehlis, Bergstr. 12.
- Renz' Salon, Raunynstr. 27.
- Rennsfahrt's Salon, Deunewihstr. 13.
- Reyer, Alte Jakobstr. 83.
- Rolf, Adalbertstr. 21.
- Sachow, Müllerstr. 138.
- Saeger, Grüner Weg 29.
- Sahm's Klubhaus, Umenstr. 16.
- Sansouci, Kottbusstr. 4.
- Scheffer's Salon, Inselstr. 10.
- Schloßbrauerei Schöneberg.
- Schneider, Belfortstr. 15.
- Schröder, Müllerstr. 178 (Weddingpark).
- Schwartzmüller, Colbergerstr. 23.
- Silber's Salon, Schwedterstr. 24.
- Specht (Brauerei-Ausschank), Neue Jakobstr. 12.
- Süd-Ost, Waldemarstr. 76.
- Trillhoffe, Rosenthalerstr. 11.
- Unionsbrauerei Hofenbaide.
- Vereinsbrauerei (Rixdorf).
- Viktoria-Brauerei, Lüchowstraße.
- Viktoria-Salon, Verlebergerstr. 13.
- Volkbrauerei Moabit.
- Wedding-Kasino, Schulstr. 23.
- Weid, Alexanderstr. 31.
- Wendt, Dresdenerstr. 116.
- Wolfschläger, Blumenstr. 78.
- Wohlfahrt, Manteuffelstr. 9.
- Zemter, Rängstr. 11.

Die Unfallversicherung erhebt bekanntlich den Hinterbliebenen eines Verunglückten einen Theil des Einkommens des Verunglückten. Die Verhältnisse liegen aber auf den verschiedenen Gebieten ziemlich kraus und für die den meisten Anfallen ausgesetzten staatlichen Eisenbahnbeamten kommen ganz besondere Bestimmungen zur Anwendung, die keineswegs für die Hinterbliebenen der Verunglückten immer günstiger sind, als die der gewöhnlichen Unfallversicherung, wohl aber sich praktisch oft so gestalten, daß sie hinter jener thätlich zurückbleiben. Ein recht eklatanter Fall dürfte der folgende sein. Vor etwa drei Jahren verunglückte auf der Station Sadovna der Schaffner A. Der Fall regte damals um deswillen im Publikum Aufsehen, weil die Leiche des Verunglückten in der wärmeren Jahreszeit mehrere Tage lang nur mit Fichtenreisig bedeckt, auf dem Bahnsteig der genannten Station lag. A. war verheiratet und hatte seine Frau zu einer bestimmten Stunde nach dem Bahnhof bestellt, um ihn dort abzuholen. Als an dem Unfallstage die Frau sich dort einfand und die Kollegen ihres Mannes traf, hatte von diesen keiner den Rath, der Frau das Unglück mitzutheilen; man sagte ihr nur, sie möge wieder nach Hause gehen, ihr Mann sei auf einem anderen Zug kommandirt. Die nichtsahnende Frau wartete zwei Tage lang auf ihren Mann und entschloß sich dann bei dem Bahnhofspolizisten nachzufragen. Dieser kam der Frau mit der Frage entgegen, ob die Leiche schon hier sei. Ein furchtbarer Ausschrei der Frau, die hierauf in Ohnmacht fiel, war die Antwort. Der Beamte hatte keine Ahnung davon, daß die Frau zwei Tage lang von dem Unglücksfalle noch keine Kenntniß bekommen hatte. Wie es bei solchen Gelegenheiten in Berlin zu geschehen pflegt, ist bekannt. Als die Frau so weit hergeleitet war, daß sie über ihre Lage nachdenken konnte, fand sie ihre kleine Waise in fremden Händen ausgeplündert und was noch an Mobiliën und Wirthschaftsgegenständen vorhanden war, reichlich zum Verkauf durch den Wirth wegen der Miethen zu befreiben. Trotz ihrer

körperlichen Schwäche und der durch die Nachricht von dem Unglücksfalle hervorgerufenen Nervosität ging die Frau daran, ihren Unterhalt zu verdienen. Nach kurzer Zeit mußte sie sich aber überzeugen, daß ihre Kräfte für die Ansprüche, die man an Näherinnen und ähnliche Arbeiterinnen in Berlin stellt, nicht ausreichten, und als sie dennoch den Versuch machte, mit dieser Konkurrenz Schritt zu halten, war die Folge ein nervöses Magenleiden, das die Frau Wochen und Monate hindurch arbeitsunfähig machte. Das Schlimmste aber bei der Sache war, daß die Unfallversicherung für die Frau nur auf 15 M. monatlich bemessen werden konnte, weil ihr Mann nach dreizehnjähriger Militärdienstzeit, und nachdem er versuchsweise bei einigen anderen Behörden im Zivildienst gestanden, nun in den Bahndienst eingetreten war und hier, wenige Tage vor seiner definitiven Anstellung verunglückte. Von 15 M. monatlicher Entschädigung kann selbst eine alleinstehende Frau in Berlin, wenn sie gesund und arbeitsfähig ist, ihre Lage nicht sehr wesentlich verbessern. Allerdings verwendeten sich die ehemaligen Vorgesetzten ihres Mannes für dessen Frau und es wurden derselben auch einige Male Unterstützungen gewährt, die aber unter den durch die Krankheit bedingten Verhältnissen ein Vorwärtskommen der Frau nicht ermöglichten, so daß die Zukunft derselben sich äußerst trübe zu gestalten droht, trotz der Unfallversicherung. Es mag ja sein, daß der Vorfall ungewöhnlich liegt und daß er Folgen mit sich geführt hat, die man gewöhnlich nicht voraussetzt. Allein eine recht bedenkliche Seite für die Hinterbliebenen der im Staatsdienste Verunglückten zeigt sich hier doch. Es ist ein unthätiger Zustand, wenn die Familien solcher Beamten thätigsten schlechter gestellt sind, als die jedes anderen versicherungspflichtigen Arbeiters. Wenn man bedenkt, in welche Lage eine größere Familie unter solchen Verhältnissen gerathen würde, so wird man hier dringend eine gesetzliche Abhilfe fordern müssen. Solche Hinterbliebenen sollen nicht auf den Weg des fortwährenden schriftlichen Bittens bei den verschiedenen Instanzen angewiesen sein, sie sollen ein Recht haben, eine Unterstützung in dem Umfange zu verlangen, wie ihnen die Zuwendungen bei Lebzeiten des Verunglückten Ernährers thätigsten zu Theil wurden. Ein künstlicher Berechnungsmodus, wie er vielleicht zum Vortheil der verpflichteten Behörde angewendet werden kann, sollte außer Uebung gesetzt werden. Ein weiterer sehr beachtenswerther Gesichtspunkt, der aus Anlaß dieses Falles hervortritt, ist die rein rechnungsmäßige Behandlung der Unfallentschädigung und die völlige Auserachtlassung der besonderen Eigentümlichkeiten des einzelnen Falles. Gerade die Staatsbehörden sollten dieser Seite der Sache eine größere Aufmerksamkeit zuwenden. Bei der gesetzlichen Unfallversicherung ist ja leider für solche Individualisirung des Einzelfalles gar kein Raum geblieben. Das schließt aber doch nicht aus, daß die Staatsbetriebe sich nun dieses Prinzip auch zu Nutze machen müssen. Sie können hier ungehindert neue Bahnen zur Vervollkommnung der Unfallversicherung wandeln und ein wenig „Musteranstalt“ wäre hier sehr wohl am Platze.

Der ungebildetste und unfähigste Ort Deutschlands zu sein, diesen sehr zweifelhaften Ruhm scheint der im Kreise Niederbarnim gelegene Vorort Pankow genießen zu sollen. Wie mancher erholungsbedürftige Berliner wird schon durch dieses friedliche und lieblich an der Panke gelegene Dorf gewandelt sein, ohne zu ahnen, in welches Sodom und Gomorra er seinen Fuß gesetzt hat.

Der bisherige Gemeindevorsteher in Pankow theilte nämlich vor kurzem der dortigen Gemeindevertretung mit, daß er beabsichtige, sein Amt in nächster Zeit niederzulegen. Es war also eine Neuwahl erforderlich. Das Gesetz verlangt als Qualifikation des Gemeindevorstehers, daß derselbe „des Lebens und Schreibens nothdürftig kundig und von untadelhaften Sitten“ sein muß. Ferner schreibt § 23 der Kreisordnung vor, daß der Amtsnachfolger des Gemeindevorstehers aus der Zahl der stimmberechtigten Gemeindeglieder, d. h. der mit einem Wohnhaushalt anässigen Einwohner, zu wählen sei. Die Pankower Gemeindevertretung scheint nun unter den stimmberechtigten Gemeindegliedern kein einziges gefunden zu haben, welches der gesetzlichen Anforderung, nämlich „des Lebens und Schreibens nothdürftig kundig und von untadelhaften Sitten“ zu sein, völlig genügt; denn die Gemeindevertretung fand unter den wählbaren Gemeindegliedern, deren es in Pankow einige Hunderte giebt, kein einziges für würdig, der Nachfolger des jetzigen Gemeindevorstehers zu werden. Dasselbe machte daher kurzen Prozeß und hing ihr Wahlrecht an den Nagel. Sie beschloß, auf die Wahl eines Gemeindevorstehers zu verzichten und dem Landrath des Niederbarnimer Kreises mehrere Fachmänner zur Ernennung eines Stellvertreters für den Gemeindevorsteher vorzuschlagen. Infolge dessen schrieb die Gemeindevertretung die Stelle des stellvertretenden Gemeindevorstehers aus und präsentirte von den sich meldenden Gewerbern drei dem Landrath zur Wahl, und zwar auf 6 Jahre hinaus, obwohl einer der dortigen Schöffen, ein Holzhändler, sich zur Annahme des Amtes als Gemeindevorsteher bereit erklärt hatte, die Ernennung eines Stellvertreters also hinfällig wurde. Nichtsdestoweniger blieb die Gemeindevertretung bei ihrem gegen das Gesetz verstoßenden Beschlusse.

Nach § 26 der Kreisordnung ernannt der Landrath, wenn die Wahl eines Gemeindevorstehers nicht zu Stande kommt oder die Befähigung nicht erhält, einen Stellvertreter, jedoch nur auf so lange bis eine erneuerte Wahl die Befähigung erlangt hat. Die Gemeindevertretung ist, wenn die Wahl des Gemeindevorstehers nicht zu Stande kommt oder nicht die Befähigung erhält, jeder Zeit berechtigt, ihr Wahlrecht wieder auszuüben. Die Pankower Gemeindevertretung aber hat ihr Wahlrecht wieder auf 6 Jahre hinaus preisgegeben, damit der Landrath den Stellvertreter auf 6 Jahre ernennen soll, was wie angeführt gesetzlich unzulässig ist, weil ja der Stellvertreter sein Amt niederlegen muß, wenn eine Wahl des Gemeindevorstehers die Befähigung erhält. Es kommt noch hinzu, daß im nächsten Herbst 6 und im Herbst 1893 wiederum 6 Gemeindevorsteher ausgeschieden und neue gewählt werden müssen. Die jetzige Gemeindevertretung hat also nicht nur für sich selbst auf das Wahlrecht Verzicht geleistet, sondern sogar auf 6 Jahre ihren Amtsnachfolgern das Wahlrecht eigenmächtig abgeschritten.

Als für Tempelhof vor einigen Jahren die Wahl des Gemeindevorstehers nicht befristet wurde, hat die Regierung und zwar zur Zeit des Ministers des Innern von Manteuffel, den Stellvertreter nicht nur nicht auf 6 Jahre, sondern nur auf unbestimmte Zeit ernannt, bis eine gültige Wahl zu Stande kam. Die Pankower Gemeindevertretung geht also freiwillig noch viel weiter, als die damalige Regierung zu gehen sich berechtigt fühlte.

Zur Ehre für Pankow wollen wir annehmen, daß sich dort noch viele intelligente und sittlich makellose Bürger finden, die das Amt eines Gemeindevorstehers wohl zu bekleiden im Stande sind. Aber das völlig ungesetzliche Vorgehen der jetzigen Gemeindevertretung zu billigen, kann nur dem möglich sein, der in einem landräthlichen Bevormundungssystem Putzlämmerchen zeichnen sein Ideal erblickt.

Die alten Polizei-Präsidialdienst-Gebäude am Mollenmarkt werden den fortschreitenden Arbeiten zur Lieferlegung der Spree am Mühlendamm bald weichen müssen. Es ist die Noth-

wendigkeit eingetreten, der dort auf der Südseite hergerichteten Nothbrücke eine gerade Richtung zu geben, damit mit dem Neubau der definitiven Brücke auf der Nordseite und mit dem Ausbau der Dammmühlengrundstücke begonnen werden kann. Dem Vernehmen nach wird der Abbruch der genannten Gebäude bereits innerhalb acht Wochen erfolgt sein.

Den Sachverhalt der Explosion auf der Kaiser Wilhelmbrücke theilt der amtliche Bericht, wie folgt, mit: „Montag Abend fand unterhalb des südlichen Bürgersteiges der Kaiser Wilhelmbrücke, zwischen den beiden Kandelabern, eine Explosion statt, anscheinend dadurch herbeigeführt, daß ausgeströmtes Gas in dem hohlen Schacht, in welchem die elektrischen Leitungsdrähte liegen, sich angeammelt hatte und entzündet worden war. Hierbei wurde der Arbeiter Schröder in die Höhe geschleudert und erlitt eine Verletzung beider Beine und der Hüften. Der Schneider Mahler wurde am Kopf und Arm so schwer verletzt, daß seine Ueberführung nach der Universitätsklinik erforderlich wurde. Ein dritter Mann soll über das Gelände in die Spree geschleudert worden sein; die Nachforschungen nach demselben waren bisher jedoch ohne Erfolg. Ueber die Veranlassung, welche die Explosion herbeigeführt, konnte bisher Zuverlässiges nicht ermittelt werden.“ — Ueber den Unfall an der Kaiser Wilhelmbrücke sind noch immer die widersinnigsten Gerüchte in Umlauf. Es kann jedoch auf Grund des Augenscheins und authentischer Mittheilungen konstatiert werden, daß weder die Architektur noch der bildnerische Schmuck der Brücke auch nur den geringsten Schaden gelitten hat. Lediglich die Glocken an dem gerade an der Unglücksstätte befindlichen Kandelaber sind durch Steinplitter zertrümmert. Außerdem sind Theile des Gerüsts, das zum Anbringen der glücklicherweise noch in Arbeit befindlichen Marmorgruppe errichtet ist, durch die Gewalt der Explosion gelöst worden. Der Schauplatz des Unfalles, der südliche Bürgersteig war noch gestern gesperrt und von vielen Neugierigen umdrängt; Arbeiter waren beschäftigt, die Köpfe freizulegen, damit von technischer Seite die eigentliche Ursache ermittelt werden konnte. Gestern Morgen wurde an der Kaiser Wilhelmbrücke eine Leiche aus dem Wasser gefischt, deren Zustand jedoch ergab, daß sie schon länger im Wasser gelegen hat und mit dem vorgezogenen Unfall nicht in Zusammenhang steht. — Der bei der Explosion schwer verletzte Arbeiter Mahler, der unverletzt ist und Landwehrstr. 13 wohnt, befindet sich in der Universitätsklinik in der Ziegelstraße in Behandlung des Herrn Dr. Rasse. M. wurde durch die ausfallenden Granitplatten über das hohe Brückengeländer auf ein Baugerüst geworfen und hat hierbei eine beinahe 10 Zentimeter lange Hautwunde, eine Rippenkontusion und sehr schwere innere Verletzungen erlitten. Wie wir hören, hoffen die Aerzte indes, den bedauerlicherweise jungen Mann, der auf dem Heimwege von der Arbeit verunglückt ist, am Leben zu erhalten.

Die „Voss. Ztg.“ ist in der Lage, folgende Erläuterungen zu geben:

Die Explosion auf der Kaiser Wilhelmbrücke dürfte nach den angestellten Untersuchungen zweifellos durch Gas veranlaßt worden sein. Das große, aus Schmiedeeisen hergestellte Gasrohr, welches 87 cm weit und 68 cm hoch ist, mithin eine etwas nach gedrückte Form besitzt, liegt im Scheitel der Brücke fast direkt unter der 0,13 m starken Granitplatte des Bürgersteiges. Es ruht, von einer Sandpackung umgeben, in einem längs dem Geländer entlang laufenden Kanal von 1,20 m Breite und 0,72 m Höhe. Im Scheitel der Brücke schneidet dieser Kanal um 0,20 m in den 0,80 m starken, aus hellgelbem bayerischem Granit gemauerten Brückenbogen ein. Neben dem Gasrohrkanal laufen zwei Kanäle von geringerem Querschnitt, und zwar von 0,55 m Breite und 0,53 m Höhe, welche untereinander und von dem Gasrohrkanal durch 0,38 m starke Steinwandungen getrennt sind. In diesen beiden schmalen Kanälen, welche ebenfalls unter dem Bürgersteig liegen, sind Kabel und elektrische Leitungsdrähte untergebracht. Die Leitungsdrähte für die Lampen an den Obelisken streichen unmittelbar über das Gasrohr hinweg. Zwei Pfanschen des Gasrohrs sind, so weit bis jetzt ermittelt werden konnte, undicht geworden und die Köpfe der Schrauben, welche sie mit dem Rohr verbinden, sind abgesprungen. Ob dieses in Folge davon geschehen ist, daß sich das Erdreich, in welchem das Rohr gebettet ist, gesenkt hat, ob infolge der heftigen, durch die Kammarbeiten an der Kaiser Wilhelmbrücke verursachten Erschütterungen, ist eine Frage, die sich noch nicht beantworten läßt. Thatsache ist, daß diese Köpfe abgesprungen sind, daß die Leitung dadurch undicht geworden ist, und daß das Gas darauf seinen Weg in den Elektrizitätskanal gefunden hat. Durch eine kleine Kammer, welche sich in dem unteren Theile der Kandelaber befindet, ist darauf das Gas an elektrischen Draht emporgestiegen, bis er in der Lampe durch die Verührung mit dem elektrischen Lichte entzündet wurde und explodirte. In technischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Beschädigung der Pfanschen wahrscheinlich durch die Erschütterung verursacht worden ist, welche die Kammarbeiten hervorgerufen haben, denn nachweislich sind auf diesen Unfall verschiedene Rohrbrüche zurückzuführen, die in letzter Zeit an der Burgstraße vorgekommen sind. Mit der Verbesserung des Schadens, den die Explosion angerichtet hat, ist bereits gestern früh begonnen worden. Der ganze südliche Bürgersteig der Brücke wird aufgerissen, weil man sich davon überzeugen will, ob die Rohrleitung der Gaswerke nicht auch auf anderen Stellen schadhast geworden ist. Ueber die Zahl der Personen, welche bei dem Unglücksfalle verletzt worden sind, ließ sich noch immer keine bestimmte Auskunft erlangen. Eine männliche Leiche wurde gestern in der Nähe der Brücke an der Burgstraße in der Spree gefunden, doch ergab sich, daß dieselbe schon längere Zeit im Wasser gelegen hat. Ausdrücklich mag noch betont werden, daß die Brücke als Bauwerk keineswegs gelitten hat. Weder der Grundbau noch die Architektur, noch der bildnerische Schmuck der Brücke haben auch nur den geringsten Schaden gelitten. Lediglich die Glocken an dem gerade an der Unglücksstätte befindlichen Kandelaber sind durch Steinplitter zertrümmert. Außerdem sind Theile des Gerüsts, das zum Anbringen der glücklicherweise noch in Arbeit befindlichen Marmorgruppe errichtet ist, durch die Gewalt der Explosion gelöst worden.

Das Gerücht von einem Mordversuch erregte am Montag Abend die Gemüther der Einwohner Schmargendors. Ein Handwerker, welcher in Schmargendorf eine Wohnung mit einem Balkon hatte, hatte sich ein Tschin erworben und probte dasselbe, als auf der Straße unten ein Mann vorüberging. Grobe Unvorsichtigkeit muß der Schütze nun begangen haben, denn er weiß es selbst kaum, wie es geschah; auf einmal brach der Vorübergehende mit lautem Ausschrei zusammen. Die Kugel des Tschin war ihm in die Hüfte gedrungen. Unverzüglich wurde nun der Angeschossene nach Wilmerdors zu einem Arzte gefahren, der die Wunde untersuchte, die Kugel jedoch nicht zu entfernen vermochte, da dieselbe zu tief eingedrungen war. Dieser Vorgang wurde von der Fama zu grausigen Mordgerüchten aufgebauscht, wonach zwei Männer sich gegenseitig überfallen und mit Revolverkugeln siebartig durchlöchert hätten.

In der Untersuchungsakche gegen den Musiklehrer Neumann bringen hiesige Blätter eine neue Version, nach welcher der junge Neumann doch selbst Hand an sich gelegt hätte. Der alte Neumann, gedrängt durch das von ihm in Schwande gestürzte

Mädchen, hätte sich dem Sohne entdeckt und vorgehalten, daß es nur ein Mittel gäbe, ihn vor dem Zuchthause zu retten, nämlich das, daß er, der Sohn, das Mädchen heirathe. Diese Bedingung sei seitens der Eltern der Verführten gestimmt worden, welche dem verführten Menschen ihr Kind nicht anvertrauen wollten. Vor die Wahl gestellt, den Vater dem Zuchthause überantwortet zu sehen, oder seine Braut zu verlassen und ein Mädchen zu heirathen, dessen Schande er bedenken sollte, habe der junge Neumann voller Verzweiflung sein Leben geendet. Das furchtbare Verbrechen, seinen Sohn in den Tod getrieben zu haben, wäre demnach die Ursache für das fonderbare Verhalten gewesen, welches der Alte angeht. Die Verführte, um welche es sich in diesem Falle handelte, ist über 14 Jahre alt, und da auch nicht erwiesen ist, daß der Verführer Verwundungsmittel angewandt hat, so war der alte Neumann in diesem Falle gar nicht mit dem Zuchthause bedroht. Den Eltern des betreffenden Mädchens ist auch von einem Heirathsplane, wie ihnen die oben bezeichnete Version befehlen läßt, gar nichts bekannt; dieselben haben nach einem Manne für ihre verführte Tochter nicht gesucht. Hätte übrigens der junge Neumann seinen Vater vor dem Zuchthause retten wollen, so hätte er eher anderen als Selbstmord begehren dürfen; denn er mußte voraussetzen, daß in diesem Falle der Vater der Verführten sich erst recht wieder an den alten Neumann halten würde. Die ganze Version aber ist, wie gesagt, aus der Luft gegriffen, und ihre Mittheilung macht den Eindruck, als ob für den alten Neumann Stimmung gemacht werden sollte.

Heber eine gefährliche Diebstahl, bei welcher der Revolver eine Rolle gespielt hat, wird dem „B. Z.“ folgendes berichtet: Während der Nacht zum jüngsten Sonnabend überfiel in der Wäckerstraße, der Helligenkreuzkirche gegenüber, der Nachtwächter Faust ein Vieh in dem Augenblick, in welchem derselbe aus einem durch Jalousie nicht verwehrten Schaufenster, das er sich durch Befestigung eines Theiles des Lustgitters eröffnet hatte, Waaren herausnahm. Der Wächter nahm den Spitzbuben fest, auf dem Transport zur Wache wußte dieser sich jedoch den Händen des Beamten zu entwinden und entfloh nach der Kirche zu. Inzwischen kam auch der Nachtwächtermeister hinzu und die beiden Beamten nahmen nun die um die Kirche sich herumziehende Verfolgung des Diebes auf, der, von zwei Seiten bedrängt, endlich hinter einer der dort stehenden großen Wagen Aufstellung nahm. Als der Nachtwächter sich ihm näherte, um ihn zu ergreifen, trat der Verfolgte einige Schritte zurück, zog einen Revolver aus der Tasche und feuerte aus demselben eine Kugel auf den Verfolger ab, die jedoch glücklicherweise fehlging. Nachdem er den Schuß abgegeben, nahm der Revolvermann die Flucht in der Richtung nach der Hofenstraße zu, während die beiden Beamten infolge des „Wischenknalls“ zunächst so verblüfft waren, daß sie stehen blieben, wodurch der Flüchtling einen größeren Vorsprung gewann. Nachdem die beiden sich von ihrer Ueberraschung erholt, setzten sie dem gefährlichen Spitzbuben wieder nach. Der Wächtermeister hielt eine des Weges kommende Droschke an, um in dieser die Verfolgung wirksamer vorsetzen zu können. Er ersuchte den Fahrer, der sich im Wagen befand, auszuweichen, der jedoch weigerte sich aber, sein Geschäft zu der Heijagd herzugeben, weil ihm dies riskant erschien. Unter diesen Umständen mußte die fernere Verfolgung aufgegeben werden, da dem Wächter inzwischen auch der leichtfüßige Ausreißer aus den Augen gekommen war. Bei dem Ausflucht des Schusses wurde das Gesicht des Feuernden so grell beleuchtet, daß dasselbe sich dem Wächter, trotz des kurzen Moments, unauslöschlich eingepreßt hat, derart, daß er glaubt, den Mann unter Tausenden sofort herauszufinden. (?) Mit Rücksicht darauf wurden dem Faustin auf der Kriminalpolizei die Hände des Verbrechens vorgelegt, die Nachforschungen in denselben waren jedoch vergeblich, „seinen Mann“ hat der Beamte dort nicht entdeckt. Die abgefeuerte Kugel wurde dagegen am nächsten Morgen, etwa zehn Schritte von der betreffenden Allee entfernt, im Erdboden eingewandert vorgefunden.

Eine große Schaar ankommender Störche zog vorgestern Nachmittag ziemlich niedrig über den Norden Berlins in der Richtung nach Charlottenburg zu, mit Jubel begrüßt von den Kindern, welche bei dem schönen Wetter auf den Straßen spielten. Der Storch besitzt einmal die Sympathien von Jung und Alt und Niemand wird so leicht denselben tödten. Der Landmann steht es gern, wenn Störche auf seinem Gehöft nisten; er hält die Scheune, auf der sich ein Storchnest befindet, für gesichert vor Feuergefahr und bringt als dauerhafte Unterlage für dasselbe ein Wagenrad oben auf der Scheunentreppe an. Das Nest wieder in Stand zu setzen, ist nun die erste Sorge des Bewalters Storch, denn das Bräutigamspaar muß beieinander sein, Frühjahr und Sommer vergehen schnell, und wenn er im Herbst die Hahnenmandeln auf den Feldern gezählt hat, dann leidet es ihn nicht länger bei uns. Wohin er geht — so erzählen sich die Landmädchen an Winterabenden in den Spinnstuben — das weiß Niemand. Ein neugieriger Bauer, welcher seinem abreisenden Storch unter den Flügel einen in einer Kapsel befindlichen Zettel gebunden hatte, auf welchem er den unbesonnenen zweiten Gastfreund des Storches, das ihm mitgetheilte, wo der Storch sich während des Winters aufhalten würde, entnahm im künftigen Frühjahr der Kapsel folgende lateinische Antwort:

Da wir nicht wissen, wo Pomern liegt,
Da wir nicht wissen, wo Pomern liegt,
So lautet eine pommerische Spinnstube - Erzählung. Jedermann weiß aber heutzutage, daß der Storch sich während des Winters in Nordafrika und namentlich in Egypten aufhält.

Polizeibericht. Am 19. d. Mts. Morgens wurde in der Spree, hinter dem Grundstück Köpnickstr. 40-41 die Leiche des am 20. Januar d. J. ins Wasser gesprungenen Arbeiters Lüben und zu derselben Zeit gegenüber dem Hause Burgstr. 17 die bereits verweste Leiche eines unbekanntes Mannes im Wasser aufgefunden. — Nachmittags wurde in der Museumsstraße ein sechzehnjähriger Knabe von einem Omnibus überfahren und am Oberarm und an der Schulter nicht unbedeutend verletzt, so daß er nach der Universitätsklinik gebracht werden mußte. — Abends brachte sich ein Mann in seiner Wohnung in der Gerichtsstraße in Säuerwahn mittelst eines Taschenmessers einen Schnitt am Halse bei, so daß seine Ueberführung nach der Charité erforderlich wurde. — In der Nacht zum 19. d. M. fand vor dem Hause Karlsstraße 16 eine Schlägerei statt, wobei ein Mann einen Messerschlag in den Kopf erhielt. — Am 18. d. M. Abends fanden in der Fürbringerstr. 18 und Brunnenstr. 140 kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Ein Schreibfehler seitens eines Arztes lag einer Klage wegen fahrlässiger Körperverletzung zu Grunde, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. zur Verhandlung gelangte. Der praktische Arzt Dr. Gustav W. behandelte im vorigen Frühjahr die Ehefrau des Eisenbahn-Arbeiters L. Am 9. Mai legte die Patientin ihm in der Sprechstunde, daß sie an einem ermattem Nachschweiß litt, worauf Dr. W. ihr zehn Atropinpillen verordnete mit der Weisung, davon abendliche eine zu nehmen. Dr. W., welcher eine Gesamtmenge von 0,006 Gramm Atropin verschreiben wollte, beging dabei einen verhängnisvollen Irrthum, er schrieb eine Null zu wenig, so daß 0,006 Gramm Atropin auf zehn Pillen zur Vertheilung gelangten. Dies ist eine, die vorgeschriebene Maximaldosis weit übersteigende Menge. Zum Unglück ließ Frau L. das Rezept nicht in einer Apotheke, sondern in der Schänemannschen Drogenhandlung anfertigen. Ein Apotheker würde das Rezept beanstandet haben und hätte jedenfalls die Pflicht, von dem betreffenden Arzte noch nachträglich das Anordnungszeichen einzuholen, welches hinter jede, die Maximaldosis überschreitende

Gewichtsmenge gesetzt werden soll und dann würde der Arzt seinen Irrthum entdeckt haben. So nahm der Drogegehilfe Georg Japfe das Rezept entgegen, ohne daß ihm etwas an der Verordnung auffiel. Er fragte bei seiner Prinzessin, der Frau Schinemann, welche seit dem Tode zuvor erfolgten Tode ihres Bruders Eigentümern des Geschäftes geworden, an, ob er das Rezept anfertigen solle und erhielt einen bejahenden Bescheid. Am Abend, kurz vor dem Schlafengehen, nahm die Patientin eine Pille ein. Sie erwachte in der Nacht infolge großer Trockenheit im Halse, die mit Schlingenschmerzen verknüpft war, dazu gestellte sich ein unerträgliches Angstgefühl, die Haut färbte sich roth und die Pupillen zeigten eine außerordentliche Erweiterung. Alles dies sind die Symptome einer Atropinvergiftung und als solche erkannte und bezeichnete Dr. W. sie auch sofort, als er in der Frühe des nächsten Morgens zur Patientin gerufen wurde. Er gab Gegengift und wie er behauptet, waren zwei Tage darauf alle Vergiftungserscheinungen vollständig verschwunden. Frau L. behauptet dagegen, daß sie noch an den Folgen jenes Schreibfehlers zu leiden habe und ihr Ehemann hat die Sache nicht nur der Staatsanwaltschaft angezeigt, sondern er ist noch als Nebenkläger aufgetreten und beansprucht eine angemessene Geldbuße. Es hätten sich somit der Dr. W., die Drogenhändlerin Emma Schinemann und der Kommissar Georg Japfe wegen fahrlässiger Körperverletzung, die beiden Letzgenannten in idealer Konstitution mit Vergehens gegen die Gewerbeordnung, zu verantworten. Der erste Angeklagte gab unumwunden zu, daß er vor dem Verbrechen begangen habe und entschuldigte sich damit, daß seine Sprechstunde an jenem Tage außerordentlich stark besucht gewesen. Die Angeklagte Schinemann räumte ebenfalls ein, daß sie die Anfertigung des Rezeptes gestattet habe, der dritte Angeklagte wollte dagegen die Gesetzesvorschrift, welche den Drogegehilfen die Anfertigung von Rezepten verbietet, nicht gelannt haben. Der Sachverständige, Gerichtschreiber Dr. Bischoff, begutachtete, daß die Pillen genau nach Vorschrift und auch in technischer Beziehung untadelhaft angefertigt seien, im übrigen gehörten alle Arznei-Pillen zu denjenigen Gegenständen, die nur der Apotheker feilhalten darf. Das Gutachten des zweiten Sachverständigen, Medizinal-Messers Dr. Mittel, fiel insofern zu Gunsten des Angeklagten Dr. W. aus, als es dahin lautete, daß durchaus kein Anhalt für die Annahme vorliege, daß Frau L. längere Zeit oder noch jetzt an den Folgen der Vergiftung gelitten habe, oder noch leide, dagegen sei nicht daran zu zweifeln, daß die geschilderten Symptome von einer Atropinvergiftung herrührten. Die Maximaldosis des Atropins sei bei der Einzelgabe auf ein-tausendstel, bei der Tagesgabe auf dreitausendstel Gramm festgesetzt und eine der vom Angeklagten Dr. W. verschriebenen Pillen enthielt sechs tausendstel Gramm Atropin. Es sei wohl anzunehmen, daß jedem Apotheker die Dosis ausgefallen wäre. Der Staatsanwalt veranlaßt nicht, daß im vorliegenden Falle ein unglückliches Veranlassen verschiedener Umstände mitgewirkt habe, entlastet wurde der Angeklagte Dr. W. dadurch aber nicht. Gerade weil er mit Geschäften überhäuft war, mußte er bei Verschreibung eines so giftigen und stark wirkenden Medikaments eine besondere Vorsicht anwenden. Er beantragte gegen Dr. W. 500 Mark, gegen Frau Sch. 500 Mark und gegen den Kommissar J. 300 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger des ersten Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Firs, führte aus, daß nur ein Schreibfehler vorliege, für den der Angeklagte nicht verantwortlich gemacht werden könne und gegen den auch nicht der Gewissenhaftigkeit gesetzt sei. Enthalte doch selbst die Anklageschrift, für welche die Staatsanwaltschaft verantwortlich sei, nicht weniger als drei Irrthümer mit Bezug auf die Personalien des Angeklagten Dr. W. Außerdem könne man wohl behaupten, daß der Schreibfehler keine Folgen nach sich gezogen haben würde, wenn das Rezept nicht ungehöriger Weise nach einem Drogengeschäft, anstatt nach der Apotheke gebracht worden wäre. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände halte er das beantragte Strafmaß für viel zu hoch.

Der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten Dr. W. auf 500, gegen Frau Sch. auf 200 und gegen den Angeklagten J. auf 150 M. Geldstrafe oder im Unvermögensfalle auf einen Tag Gefängnis für je zehn Mark.

Das der Inhalt des § 193 des Straf-Gesetzbuches, welcher von der Wahrnehmung berechtigter Interessen handelt, unter Umständen recht weit gehen kann, zeigte eine Verhandlung, welche gestern gegen den Direktor des Victoria-Theaters, Dr. Vitassi vor dem hiesigen Schöffengericht geführt wurde. Derselbe war von seinem bisherigen Sekretär, dem Schauspieler Brodeur auf Grund eines Briefes verklagt worden, welcher einige mehr als handfeste Ausdrücke enthielt. Herr Dr. Vitassi hatte darin seinem ehemaligen intimen Freunde kurz und bündig mitgeteilt, daß er seines Dienstes entbunden sei und ihm das Betreten des Victoria-Theaters verboten werde, weil die Direktion es mabe sei, zuzusehen, wie ein Mann, der infolge einer unerbittlichen hohen Wage bei ganz ungenügenden Leistungen alle Veranlassung hätte, für seine Direktion durch's Feuer zu gehen, lieber Anderen dient, über seine Brotgeber spöttelt und sich dadurch als das Gegenstück von treu erwiesen hat. — Herr Brodeur antwortete mit einer Vorladung vor den Schiedsmann, Dr. Vitassi aber zog es vor, nicht vor demselben zu erscheinen, richtete vielmehr an den Schiedsmann einen längeren Schreibbrief, der wiederum an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Der Herr Direktor setzte darin dem Schiedsmann auseinander, daß er nicht gewohnt sei, Leute, die sich als untreu und unbrauchbar erwiesen haben, mit Glacehandschuhen anzufassen, daß der Kläger eine unerdient hohe Wage beziehe und nicht thue als faulenzen und pouffieren u. s. w. Es sei vielleicht ein Fehler gewesen, daß er dem Kläger überhaupt noch geschrieben — solche Leute müßte man einfach beim Kragen nehmen und hinauswerfen. — Die Erwartung des Klägers, wegen dieser Briefe auf dem Wege der Privatklage von Herrn Vitassi eine Sühne zu erhalten, hat sich als trügerisch erwiesen, denn das Schöffengericht hat Herrn Vitassi freigesprochen. Der Gerichtshof nahm an, daß der Angeklagte mit beiden Briefen seine berechtigten Interessen gewahrt habe und zwar auch der Meinung, daß die Ausdrücke in den Briefen zwar scharf seien, aber eine beleidigende Absicht doch nicht erkennen lassen.

Soziale Uebersicht.

Kollegen! Der Ausstand der mechanischen Schuhfabrik von Herrn G. Jänke ist beendet, indem der von den Zwickern geforderte erhöhte Lohn bewilligt und die Entlassung des Werkführers Herrn G. Schröder erfolgt ist. Die Kollegen der Firma G. Jänke.

In Bezug auf die Arbeitseinstellung am Bau des neuen Reichstagsgebäudes wird uns mitgeteilt, daß die Zimmerer die Arbeit nicht niedergelegt haben, sondern daß ihnen am Montag früh überhaupt nicht gestattet wurde, die Arbeit zu beginnen. Der Bauherr des Konsortiums ließ die Leute nicht anfangen, weil diese erst um 7 Uhr beginnen wollten. Der Herr Bauherr wollte jedoch den Arbeitstag schon um 6 Uhr anfangen lassen. Johnstretigkeiten haben nicht stattgefunden. Vorläufig haben die Zimmerer am Dienstag früh um 6 Uhr die Arbeit aufgenommen; der Zimmerer Berlin, Schwedterstr. 241, hat sich jedoch im Namen der Kameraden mit dem Gesellenaus-schuss in Verbindung gesetzt. Von hier aus wurde ihm der Bescheid, daß die Zimmerer ruhig anfangen und abwarten sollten, was die Unternehmer (das Konsortium) dazu sagen würden. Diese waren mit der Anordnung des Bauherrn, die Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern, nicht einverstanden, sondern erklärten sogar, daß es bei einer zehnstündigen Arbeitszeit (von 6-6) um 55 Pf. Stundenlohn bis auf Weiteres sein Bewenden

habe. Wer dafür arbeiten wolle, könne es thun, wenn die Arbeitszeit so lang wäre, der könne gehen. Vorläufig rath die Angelegenheit bei dem Gesellenauschuss. Vorgestern Nachmittag haben allerdings drei Kameraden wegen Mafregelung die Arbeit niedergelegt.

Den streikenden Biemendrehern ist bekanntlich eine Versammlung von dem Oberbürgermeister von Bar men auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden. Sie fanden, da Eile Noth that, eine Abordnung zum Regierungspräsidenten und führten Beschwerden, die dann auch den Erfolg hatte, daß ihnen jezt die Versammlungen nicht mehr verboten worden. Aus diesen Vorgängen erleben unsere Leser, mit welcher schwierigen Verhältnissen die Biemendrehen zu kämpfen haben und wie nothwendig es ist, daß die Sympathie und Unterstützung Aller sich ihnen zuwende.

Versammlungen.

Eine große öffentliche Volksversammlung findet am Freitag, den 21. März cr., Abends 8 1/2 Uhr, bei Joel, Andreaskstraße 21, statt. Tagesordnung: 1. Die Bevölkerung Berlins und die Sonntagsruhe der kaufmännisch Angestellten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Männer wie Frauen sind zu dieser Versammlung eingeladen. — Wir machen unsere Leser auf diese Versammlung besonders aufmerksam, da wohl kaum ein Stand der Sonntagsruhe so sehr bedarf, wie der der Kaufleute. Nur ein entschlossenes Vorgehen und Einigkeit kann ihnen zum Siege verhelfen.

Der Verein zur Wahrung der materiellen Interessen der Steuerräger und verwandten Berufsgeoffen hielt am Sonntag, den 9. März 1890, Vormittags 11 Uhr, in Scheffer's Salon, Inselstr. 10, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag über gewerbliche Schiedsgerichte. Referent: Stadtverordneter Frh. Jubel. 2. Wahl eines ersten Kassiers und eines ersten Schriftführers. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Auf Antrag wurde der erste Punkt der Tagesordnung zurückgesetzt und der zweite Punkt zuerst erledigt. Als erster Kassierer wurde Kollege Oskar Sprenger und als erster Schriftführer Kollege Karl Deredder gewählt. Hieran ertheilte der Vorsitzende dem Herrn Referenten zu seinem Vortrag das Wort. Wir haben den Vortrag bereits mehrfach in unserem Blatte skizziert. In der Diskussion sprach Kollege Krenthaler ganz im Sinne des Referenten und unterbreitete der Versammlung folgende Resolution: Die heute zahlreich besuchte Versammlung des Vereins der Steuerräger und verwandten Berufsgeoffen Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Stadtverordneten Frh. Jubel einverstanden und ersucht die Berliner Stadtverordneten-Versammlung, daß die Gewerbe-Schiedsgerichte innerhalb Berlins deartig ins Leben gerufen werden, wie sie von Seiten der Arbeiter-Stadtverordneten angeregt worden sind, denn nur dadurch würde die Mehrheit der Stadtverordneten Berlins beweisen, daß es in ihrem Willen liegt, etwas Gutes und Positives für die arbeitende Bevölkerung Berlins zu schaffen und ersucht den Vorstand unseres Vereins, diese Resolution der Stadtverordneten-Versammlung zu überreichen. Diese Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Beim Punkt 3 von der Versammlung einstimmig angenommen. Beim Punkt 3 Vereinsangelegenheiten wurde vom Vorsitzenden ein Unterstützungsgesuch der streikenden Willkürschneider vorgelesen, das dem Gesuch wurde mit der Bewilligung von 30 Mark erledigt. Ferner wurden zwei krankte hilfsbedürftige Mitglieder mit je 20 Mark unterstützt. Außerdem wurde noch ein Antrag gestellt, für ein hilfsbedürftiges Mitglied am Schluss der Versammlung eine freiwillige Salkensammlung zu veranstalten, und wurde der Antrag ebenfalls angenommen. Beim Verschiedenen wurden zwei Mitglieder einer scharfen Kritik unterzogen, weil sie sich ihren Kollegen gegenüber Unregelmäßigkeiten haben zu Schulden kommen lassen. Nachdem der Vorsitzende eine Dankagung von einem unterstützten Mitgliede verlesen hatte, und der Versammlung bekannt gemacht, daß am Dienstag, den 25. d. Mts., eine große Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins bei Bugagagen stattfinden und um rege Theilnehmung ermahnt hatte, schloß er um 3 Uhr die Versammlung.

Nachbarbesuch. Am 10. d. Mts., Abends 8 Uhr, hielten die Nordmarker und Umgebend ihre erste jährlich besuchte Mitgliederversammlung der Filiale des deutschen Nordmarkerbundes (Eig. Hamburg) ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Aufnahme der Mitglieder. 2. Endgültige Wahl eines Ausschusses resp. Ortsvorstandes. 3. Verschiedenes. — Da von Seiten der Mitglieder auf nochmaliges Verlesen der Bundes-Statuten verzichtet wurde, schritt man zur Aufnahme der Mitglieder, welches auch vorläufig ein zufriedenstellendes Resultat ergab. Mehr wurde zur Wahl des Ausschusses resp. Ortsvorstandes geschritten. Zum Ausschuss wurden gewählt:

1. Herr Hermann Karl, Schenkendorfstr. 2.
 2. „ August Krüger, Manteuffelstr. 102.
 3. „ Theodor Heine, Manteuffelstr. 9.
 4. „ Julius Fehner, Theaterstr. 44.
 5. „ Oskar Schwieger, Berkastr. 94, Rixdorf.
- Zum Ortsvorstand wurden gewählt:
- Als 1. Vorsitzender Herr Hermann Bartel, Brangelstr. 134.
- | |
|--|
| 2. „ Robert Gläner, Annenstr. 44. |
| 3. „ Friedrich Jungnickel, Wienerstr. 11. |
| 4. „ Schriftführer „ Paul Leichter, Fürstenthalerstr. 9. |
| 5. „ Vorsitzender „ Hermann Bier, Ellisenbuser 54. |
| 6. „ „ „ Wilhelm Schulz, Müddendorferstr. 12. |
| 7. „ „ „ Emil Grundmann, Gipsstr. 23. |
| 8. „ „ „ Paul Lenzel, Michaelkirchstr. 19. |
- Die Wahl wurde laut Bundesstatut durch Stimmzettel vorgenommen. Wegen vorgerückter Zeit wurde auf Punkt 3 der Tagesordnung nicht weiter eingegangen. Es wurde nur noch beschlossen, die nächste Mitgliederversammlung am Montag, den 21. März, abzuhalten. Das Nähere wird noch im „Berl. Volksbl.“ und in der Vereinszeitung bekannt gegeben.

Der Verein der Wäschereischneider und verwandten Berufsgeoffen hielt am Montag, den 17. März, eine Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Herrn Schirbel: „Das Alters- und Invalidengesetz“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Der Referent war nicht erschienen und sprach deshalb in kurzen Ausführungen Kollege Wörthing, an der Hand der Beilage 2 Nr. 64 des „Berliner Volksblatt“, dem sich die Kollegen Grassold und Koopmann angeschlossen. Es empfahl der Vorsitzende 200 Stück Exemplare obiger Nummer auf Kosten des Vereins anzuschaffen, und den Mitgliedern auszuhandigen. Die Versammlung stimmte dem zu. Punkt 2. Die Verhelfungsfrage bei Kohn und Samuel, leitete Herr Grassold ein, und Herr Wörthing detaillirte dieses in Angriff genommen neue Verfahren der Fabrikanten. Diese Ausführungen wurden durch eine längere Debatte, an welcher sich die Herren Koopmann, Wundt, Schmollke, Barbé, Weniger theilnahmen, geregelt, daß gegen dieses Unternehmen dadurch Front zu machen ist, daß die Kollegen, wenn besagter Lehrling antritt die Arbeit dort niederlegen. Eine Resolution in diesem Sinne, in welcher außerdem zwei Vorstandsmitglieder mit dem Chef unterhandeln sollen, und denselben alle eventuellen Folgen, welche eine derartige Handlung nach sich ziehen kann, zu unterbreiten, wurde einstimmig angenommen. Bei „Verschiedenes“ legte der Vorsitzende ein neues Abgangszeugniß der Gesellschaft der Wäschereischneider vor, und empfahl den Kollegen, sich nicht an ein Derartiges aufbinden zu lassen, denn dasselbe scheint auch nicht geschaffen, um Kollegen, welche sich in Folge der Bewegung nicht lieblich gemacht haben, zu kennzeichnen. Weiter machte der Vorsitzende auf den aufgenommenen Kampf der Gutmacher aufmerksam.

... und empfahl für die Zukunft nur Güte mit Kontrollmarke zu kaufen. Eine diesbezügliche Resolution fand einstimmige Annahme. Herr Köhning machte bekannt, daß am Mittwoch, den 26. März, eine öffentliche Versammlung stattfinden soll; Näheres siehe Volksblatt. Hieran schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Wählerversammlung fand am Dienstag, den 18. März, bei Herrich's statt, welche sich mit der Nachwahl im ersten Berliner Reichstags-Wahlkreise beschäftigte. Zum ersten Punkt der Tagesordnung nahm der sozialdemokratische Kandidat des Kreises, Herr G. Schulz, das Wort. Derselbe führte folgende Punkte aus: „Die stattgefundenen Reichstagswahlen haben in großartiger Weise gezeigt, was das Volk wollte, denn 1.400.000 Stimmen sind für sozialdemokratische Kandidaten abgegeben worden. Das Kartell ist zerbrochen. Die National-Liberalen jammern jetzt, da sie am eigenen Leibe die Ungültigkeit des bestehenden Wahlsystems, welches erlaubt, daß eine Partei bei ziemlich großer Stimmenzahl nur verhältnismäßig wenig Vertreter in den Reichstag schicken kann, erfahren haben, aber dasselbe. Auch wir wollen eine Änderung des Wahlsystems: das Proportional-Wahlsystem. Dasselbe würde uns erlauben, daß wir anstatt 84 jetzt 70 Vertreter in den Reichstag schicken könnten. Daß die Konservativen im ersten Wahlkreise keinen Kandidaten zur Nachwahl aufstellen, sei ein Zeichen der Zeit. Denselben sei es gleich, ob sie durch einen der ihrigen oder durch einen Freizügigen vertreten werden, die Interessen seien ja dieselben. In Zukunft werde es überhaupt zwei Parteien geben; hier sei der Anfang dazu schon gemacht. Viele, die jetzt noch dem Freizügigen und dem Kartell angehören, werden einsehen, daß ihre Interessen nur von der Sozialdemokratie vertreten werden können. Hauptächlich der kleine Handwerker wird mehr und mehr einsehen, daß ihm der Besitzungsrechtsweg der kartellistischen Innungsverbände nicht über Wasser halten kann, daß er der Konkurrenz des Großkapitalisten unterliegen muß und daß seine Interessen, wie die aller wirtschaftlichen Schwachen nur von der Sozialdemokratie vertreten werden können. Das, worüber jetzt im Staatsrathe unterhandelt wurde, seien alte Forderungen der Sozialdemokraten. Derselben haben durch ihr Drängen, sowie durch ihre Agitation bewirkt, daß sich die Regierung mit Sozialreform befassen muß. Die Sozialdemokratie hat sich nicht heraus. Der Maximal-Arbeits-tag sei jetzt schon vom Staatsrathe fallen gelassen. Es werde an der Sozialdemokratie liegen, im neuen Reichstag eine wirkliche Sozialreform zu beantragen. Zum Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages forderte Referent dazu auf, recht viele für die Wahl eines Sozialdemokraten im 1. Wahlkreise zu agitieren. In der Diskussion, an welcher sich der Reichstags-Abgeordnete H. Schmidt, sowie die Genossen Waack, Zäterow und Pfeiffer beteiligten, wurde in erster Linie der für die Freiheit gefallenen Kämpfer von Achtundvierzig gedacht und ihr Ansehen durch Erheben von den Sitzen geäuert. Die Ausführungen der Redner gipfelten darin, daß die Sozialdemokratie unter der heutigen Wirtschaftsweise keine Besserung der Verhältnisse der Arbeiter- und Unbegüterten erwarte, und nur durch eine Umgestaltung der Produktionsweise eine solche geschaffen werden könne, wurden mit Beifall beantwortet. Nach dem beifällig aufgenommenen Schlußwort des Referenten wurde folgende Resolution angenommen: Die Teilnehmer der öffentlichen Wählerversammlung im ersten Reichstagswahlkreise verpflichten sich, ihre ganze Kraft für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten, Herrn Gottfried Schulz, einzusetzen. Ebenso wurden zwei Anträge angenommen, welche den Vorschlag über die Waaren der Blumberger Bauern, sowie über die von der Lohnkommission der Tabakarbeiter im Berliner Volksblatt als nicht bewilligt, sowie Maßnahmen vorgeschlagen habenden Firmen, insbesondere Martiniens, verhängt. Nachdem darauf hingewiesen, daß diejenigen, welche am Tage der Wahl helfen wollen, sich bei Kuhlman, Neue Friederich- und Rosenstrasse-Gasse am Montag früh 8 Uhr einzufinden haben, wenn ihnen noch kein Lokal bestimmt sei, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Nationale Krankenkasse der Deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgruppen (G. S.) Die Nettoeinnahme für das verflossene Jahr 1889 betrug an Eintritt und Statuten, Mitgliederbeiträge und Sonstigem 17.804,96 Mark. Die Nettoausgaben:

a. Für Krankenunterstützungen an die Mitglieder 11.065 M. 90 Pf.; für Verpflegungskosten an die Heilanstalten (12 Kranke 330 Tage) 577,50 M.; an die Angehörigen 10,80 M. b. Arbeitsfähige Kranke: Für ärztliche Behandlung, Medikamente, Brillen, Verbander etc. 2282,08 M.; Sterbegelder: 6 Todesfälle à 72 M. = 432 M.; 1 à 48 M. (Mindestleistung) 539 M.; Verwaltungskosten: 53 Pf.; sonstige Ausgaben 151,75 M.

Der Hauptzweck wurden überträgt 2800 M. Gesamtumsatz 16.894,92 M. Der Reinertrag betrug 2410,84 M. Das Saldo betrug Anfang 1889 641,77 M. Ende 1889 262,41 M. Die Zahl der Erkrankungen betrug 267; die Zahl der Krankheitsstage 6461 und stellen sich wie folgt:

	Kranke	Tage
1. Erkrankungen der Athmungsorgane (Hals-, Lungen-, Brust- und Herzleiden) wie deren Entzündungen	79	1699
2. Influenza und deren Gefolge	57	361
3. Magen- und Darmkrankheiten	23	264
4. Ausschlag und Geschwüre	23	319
5. Entzündungen (Haut-, Zellgewebe-, Lymphgef., Milz)	10	127
6. Verletzungen, Quetschungen, Verrenkungen, Verstauchungen u. Schwellungen (einschließlich 16 Unfälle mit 291 Tagen)	36	734
7. Augenleiden	15	252
8. Blasen-, Harn- und Geschlechtskrankheiten	13	266
9. Rheumatismus, Nervenleiden u. Nervenschwäche	26	1929

Eine einjährige Unterstützung erhielten 3 Mitglieder. Die Zeitdauer für jeden Krankheitsfall beträgt demnach 80% Tag und entfällt auf jeden Krankheitsfall eine Unterstützung von 2,10% M. was dadurch zu erklären ist, daß ein Theil der Kranken nur Anspruch auf die gesetzliche Mindestleistung (10,50 M. pro Woche) hatte. Die Zahl der Konsultationen für arbeitsfähige Kranke betrug 1480. Die Zahl dieser Kranken 519. Die Bewegung der Mitgliedschaft stellt sich wie folgt: Es traten im Laufe des Jahres 178 Mitglieder, aus anderen Mitgliedschaften zugereist 29, ein 178 Mitglieder, 169 Mitglieder. Im Weiteren sind ausgetreten: zum Militär 7, ausgeschieden 9, gestorben 72, abgereist nach anderen Mitgliedschaften 61, verstorben 8; zusammen 187. Die Mitgliedschaft hat demnach gegen 1888 um 42 Mitglieder zugenommen und beträgt jetzt 681 Mitglieder. Die Erziehung von zwei anderen Jahrestellen zur Bequemlichkeit der Mitglieder im Osten und Nord-Westen wird bis zum 1. April im Inseraten-Teil des Blattes den Mitgliedern bekannt gegeben.

Der Fachverein der Gas-, Wasser-, Heizungsrohrleger und Berufsgruppen Berlins hielt am Sonntag, den 9. März, seine regelmäßige Mitgliederversammlung in Feuerstein's Salon, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Punkt 1. Mittheilung über Unfall-Versicherungsgeheim in der Theorie und Praxis. 2. Diskussion. 3. Besprechung über das diesjährige Stiftungsfest, event. Wahl des Vergütungskomitees. 4. Verschiedenes und Fragelasten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die Protokolle vom 9. und 23. Februar verlesen und angenommen. Punkt 1 und 2 der Tagesordnung mußte, da der Referent nicht erschienen, vertagt werden, sodas zur Erledigung des 3. Punktes geschritten werden mußte. Nach einer längeren Debatte wurde beschlossen, das Stiftungsfest im Monat Mai zu

feiern. Zu Vergütungskomitee-Mitgliedern wurden die Kollegen Kuntzsch, Pirsch, Krebs, Ruinisch und Trieb gewählt. Punkt 4 Verschiedenes und Fragelasten. Hierzu machte ein Kollege einige Mittheilungen über die Innung unserer Branche, unter Anderem solle vor kurzer Zeit eine engere Submission unter Innungsmeistern ausgeschrieben sein, und stellte sich das Ergebnis heraus, daß der Obermeister der Innung das niedrigste Angebot gemacht. Die Innungsherrlichkeit scheint demnach bald ein glückliches Ende zu nehmen. Ein früheres Mitglied Schmidt, Seidelstein, welcher jetzt während des Streiks in der Siemens'schen Fabrik arbeitet, wurde den Mitgliedern empfohlen. Ferner gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme. Infolge der Vorwissenisse am Wahltage in Blumberg, verpflichten wir uns, und werden auch bei unserer Hausfrauen dahingehend wirken, von den Bewohnern dieses Ortes keine Produkte zu entnehmen. Auch wurden die Kollegen erucht, bei Futerkäufen darauf zu achten, daß die betreffenden Güte mit der Arbeiter-Kontrollmarke versehen sind, dieselben befanden sich unter dem Schweißleder derselben. Kollege Becker machte nochmals auf die am 25. März stattfindende Delegirtenversammlung aufmerksam und ersuchte um recht rege, eifrige Agitation zu derselben. Nachdem der Vorsitzende noch auf die am 23. März stattfindende Fachvereinsversammlung aufmerksam gemacht, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfarmaturen hielt am 16. d. M. seine regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Hrn. Litin über Heinrich Heine und Diskussion. 2. Beschlusfassung über das diesjährige Stiftungsfest. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragelasten. Da Referent durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, wurde zum zweiten Punkt geschritten. Unter Verschiedenes kam die Streikangelegenheit von Siemens u. Co. zur Sprache, auch lief ein Antrag ein, welcher lautete, den streikenden Fachvereinsmitgliedern eine einmalige Unterstützung zu gewähren und zwar für den Verheiratheten 15 Mark und für den Unverheiratheten 10 Mark, welches die Versammlung ablehnte, da dadurch nur Zwietracht unter die Streikenden gesetzt würde. Ferner lasen 2 Resolutionen ein, welche lauteten: 1. Die heute in Zentner's Lokal tagende Versammlung des Fachvereins der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfarmaturen beschließt, in Zukunft nur solche Güte zu kaufen, welche mit der Arbeiter-Kontrollmarke deutscher Hutmacher versehen sind, da dann jeder weiß, daß dem betreffenden Hersteller gerechter Lohn zu Theil geworden ist. Ferner von den Blumberger Bauern keine Kartoffeln, Milch oder sonstigen Produkte zu kaufen, da sie bei der Reichstagswahl am 1. März unsere Genossen gewaltsam angehalten und mishandelt haben, welche einstimmige Annahme fanden. Der Vorsitzende machte bekannt, daß die Angelegenheit des Kollegen Weis zu Ungunsten des Vereins ausgefallen sei. Kollege Glatz forderte auf, die Bibliothek recht eifrig zu bemühen. Seine Wohnung ist Saarbrückerstr. 33, Quergeb. 3. Ferner macht der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 19. April, in demselben Lokale stattfindet und schloß hierauf die Versammlung.

Die Freie Vereinigung der Hausdiener Berlins hielt am Freitag eine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: „Die wirtschaftliche Lage des Hausdieners und wie ist eine Besserstellung derselben zu erzielen?“ Zum 1. Punkt hatte der Stadtverordnete Fritz Hubert das Referat übernommen. Derselbe führte in eingehender Weise den Anwesenden den Entwicklungsgang der allgemeinen Arbeiterbewegung vor Augen. Der Krieg von 1864 bedeute der Anfangspunkt einer Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Arbeiter gerieten in eine gewisse Abhängigkeit vom Kapital. Erst im Jahre 1866 ermannten sich die Buchdrucker und Schriftsetzer und im Jahre 1869 auch die Tabakarbeiter. Diese beiden Genossenschaften traten ihr möglichstes, Aufklärung unter die Arbeiterschaft zu bringen. Von den Hausdienern war aber nichts zu merken, sie lebten in ihrer Abhängigkeit fort, erst als im Jahre 1871 die Milliarden kamen, wurde der Hausdiener aus seinen gewohnten Verhältnissen herausgerissen. Nach und nach kamen sie zum Bewußtsein, aber leider zu spät. Als 1878 der große Krach kam und der größte Theil der industriellen Arbeiter auf's Pfaster geworfen wurde und sich als Hausdiener andot, war an eine Organisation nicht zu denken. Sie hatten den 1872 laut und deutlich vernehmbar auf: „Arbeiter, organisiert Euch; denkt an Eure wirtschaftliche Lage, denkt an Weid und Kind!“ nicht Folge gegeben und mußten nun die Kosten dieser Unterlassungssünde selbst tragen. Allen Arbeitern wird es schwer, heute derartige Organisationen zu schaffen, denn der Ausdruck Leidenhaftigkeit: „Ihr seid die Organisation und die Bewegung hört von selbst auf!“ hat seine Freunde gefunden. Darum sollten die Hausdiener Einkehr halten und ihre Lage begreifen lernen, da doch kein Stand so schwer zu kämpfen habe, als gerade der ihrige. Darum lassen Sie, so ermahnte Redner, die Zerissenheit fahren, denn nur durch ein geschlossenes zielbewusstes Vorgehen ist etwas zu erreichen, und Vieles haben Sie noch vor sich. Die 14-tägige Arbeitszeit muß abge schafft werden, ebenso muß die Sonntagsarbeit beseitigt werden. Dafür muß ein verkürzter Arbeitstag geschaffen werden, damit ein Theil der Arbeitslosen von der Landstraße genommen wird. Dies ist, so schloß Redner, Ihre Aufgabe; suchen Sie alle draußen Stehende in die Organisation zu ziehen; geben Sie diesen Aufklärung, dann wird auch bald eine Besserstellung erzielt sein. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seine trefflichen Ausführungen, welche nicht verfehlt werden, eine bessere Bewegung in Fluß zu bringen. In der Diskussion sprachen die Kollegen Lambrecht, Dopatka, Kühle, Wiener und Pinger im Sinne des Referenten. Sie führen aus, daß es schwer sei, ordentlich zu agitieren, da gerade die größten Vereinigungen (Bund sowohl, wie Verein) theilweise gegen die „Freie Vereinigung“ arbeiten, welche die einzige ist, die eine wirkliche Besserstellung anstrebt, während die beiden anderen Organisationen nur Unterstützungszwecke verfolgen. Das sei doch Sache des Staates. In seinem Schlußwort betont der Referent noch, daß die Unterstützungsvereine über kurz oder lang gezwungen sein werden, in ein anderes Fahrwasser überzugehen. Ein jeder habe die Verpflichtung mitzuarbeiten an der Emanzipation der Arbeiter. Es wurde noch zum Abonnement auf das Berliner Volksblatt und Berl. Volks-Tribüne aufgefordert, sowie auf die Ereignisse, welche bei der Reichstagswahl in Blumberg passirten. Dann wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung und die Freie Vereinigung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter Berlins und Umgebung tagte unter Vorh. des Herrn Steinfels bei reger Theilnahme im Saale der Norddeutschen Brauerei, Chausseestrasse 88, am 18. d. M., um in erster Linie einen Vortrag des Herrn Alwin Gerich über das Thema: „Die Stellen sich die Metallarbeiter Berlins zur diesjährigen Lohnbewegung?“ entgegen zu nehmen. Der denkwürdige 18. März veranlaßte den Vortragenden, die Anwesenden daran zu erinnern, welche Stellung in früheren Jahren die Metallarbeiter, insbesondere die Maschinenbauer einnahmen und welchen Antheil dieselben an den Kämpfen vor 42 Jahren genommen haben, die den Grundstein legten zu dem heutigen Reichstaate. Eine um so kläglichere Stellung nähmen diesen großen Männern gegenüber deren Nachkommen ein und zu verwundern wäre es, daß die Metallarbeiter bezüglich der Lohnfrage hinter anderen Genossenschaften zurückgeblieben wären. Redner hielt angesichts der heutigen Verhältnisse eine Lohnbewegung der Metallarbeiter für erforderlich. In erster Linie müßte eine solche Bewegung auf eine Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet sein. Allerdings ständen derselben schwerwiegende Bedenken gegenüber. Die langen Jahre hindurch, während welcher Zeit die Hand der Behörden schwer auf ihnen lastete, habe es den Metallarbeitern an der Möglichkeit gemangelt, sich in genügender Weise zu organisieren. Heute seien etwa 10.000 Metall-

arbeiter organisiert. Es fehlen aber noch etwa 50.000, zudem seien die bestehenden Organisationen noch so jung, daß schwerlich mit ihnen ein entscheidender Schlag gegen das übermächtige Kapital geführt werden könne. Seine Meinung ging dahin, sich wenigstens bis zum 1. Mai noch freie Hand zu lassen, diese wenigen Wochen noch nach Kräften zur Stärkung der Organisation auszunutzen und dann eine Heerfahrt abzuhalten und zu erwägen, was gesehen solle. Wenn es sodann gelingen sollte, in diesem Jahre die traffensten Missethäter, die Nachfeierabend- und die Sonntagsarbeit, zu beseitigen, um die „Saison“ zu verlängern, so würde schon viel erreicht. Schwerer Kämpfe würde es bedürfen, um etwas zu erreichen, daher empfahl Redner, sich auf diese Kämpfe vorzubereiten. Schritt für Schritt müsse vorgegangen werden, aber was einmal begonnen worden wäre, müsse mit Energie durchgeführt werden. Dann würden die Metallarbeiter auch schließlich zum erblichen Siege gelangen. (Beifall). In der folgenden Diskussion hielt Herr Lauschel eine Verkürzung der Arbeitszeit für unwichtiger, als die Beseitigung der Akkordarbeit und hielt dafür, daß erst diese Frage gelöst werden müsse, bevor in eine Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten werden könne. Demgegenüber wurde von anderer Seite geltend gemacht, daß die direkte Forderung einer Abschaffung der Akkordarbeit unter den heutigen Verhältnissen in der Metallbranche eine Utopie sein würde. Die Akkordarbeit würde von selber verschwinden durch allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit. Nach einem Schlußworte des Referenten, in welchem er zur nachdrücklichen Unterstützung des vom Allgemeinen Metallarbeiter-Verein in's Leben zu rufenden Arbeitsnachweises, sowie zur kräftigsten Demonstration am 1. Mai aufforderte, gelangte nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die heute in der Norddeutschen Brauerei tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung hält eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht entsprechender Lohnverhöhung für unbedingt notwendig. In Erwägung jedoch, daß bei der gewaltigen Uebermacht des Kapitals nur dann erfolgreich für eine Besserstellung der Arbeiter eingetreten werden kann, wenn eine starke Organisation vorhanden ist; in fernerer Erwägung, daß der nahe bevorstehende 1. Mai uns Gelegenheit giebt, für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf das Nachdrückliche zu manifestieren, beschließt die heutige Versammlung, Mann für Mann dem Allgemeinen Metallarbeiter-Verein beizutreten und mit aller Kraft dafür zu agitieren, daß die Demonstration am 1. Mai so gewaltig ausfällt, daß die Unternehmer sowohl, als auch die gesetzgebenden Körperschaften nicht länger mehr in Zweifel darüber sein können, daß die Arbeiter nicht eher ruhen und rasten werden, bis der nachdrückliche Maximal-Arbeitstag gesetzlich eingeführt ist. Die Versammlung hält die Frage, ob schon in diesem Jahre in eine Lohnbewegung eingetreten werden soll, für eine offene, über welche erst in Versammlungen, die nach dem 1. Mai einberufen sind, endgiltig Beschluß gefaßt werden kann.“ — Zur weiteren einstimmigen Annahme gelangten folgende zwei Resolutionen: 1. „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Streikenden der Firma Siemens solidarisch und beschließt, mit allen politischen und moralischen Mitteln für sie einzutreten.“ 2. „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der streikenden Tabakarbeiter einverstanden und verpflichtet sich, in den 16 Geschäften von Karl Martiniens keine Zigarren zu kaufen, um den streikenden Tabakarbeitern zum Siege zu verhelfen.“ — Den Hegermann'schen (Koloniestrasse) Weisgerbern wurde die nachgesuchte Unterstützung nach Möglichkeit zugesagt, doch wurde daran erinnert, daß in Magdeburg Kollegen im Streik lägen, welche zu unterstützen und vor Zuzug zu bewahren wären. Ferner wurde bekannt gegeben, daß am 1. Mai Vormittags drei öffentliche Versammlungen, für welche die Säle bereits gemiethet seien, stattfinden werden und zwar im Saale der Norddeutschen Brauerei, in den Sälen der Berliner Bod-Brauerei und in den Andreassälen (Andreassstrasse, früher Keller, jetzt Joel) und zu rege Agitation für diese aufgefordert. Mit einem dreifachen Hoch auf die Metallarbeiter-Bewegung schloß die Versammlung.

Der Verein gewerblicher Hilfsarbeiter für Johannisthal und Umgebung hielt am Donnerstag, den 18. d. M., Abends 9 1/2 Uhr, im Hanneberg'schen Lokale in Johannisthal eine Vereinsversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Der Kampf ums Dasein. Referent: Vorsitzender Fritz Mielenz in Johannisthal. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. In seinem Vortrage wies Herr Mielenz nach, wie der Kampf ums Dasein schon seit Entdeckung der Erde geführt werde, wo sich schon die Elemente gegenseitig bekämpften, berührte den Kampf ums Dasein im Pflanzen- und Thierreich, und ging hierauf zum Menschengeschlecht über. Hier unterzog Herr Mielenz den Kampf ums Dasein, den Mensch gegen Mensch, Gesellschaft gegen Gesellschaft und Völker gegen Völker führten, einer eingehenden besonderen Betrachtung, und schloß den interessantesten Vortrag, dessen einzelne Details des weitgehenden Themas wegen hier nicht wiedergegeben werden können, mit der Bemerkung, daß, wenn es einst die Verhältnisse mit sich bringen werden, daß der Kampf ums Dasein nicht mehr so vernichtend geführt werde, sich auch der Frieden auf Erden einstellen wird. Reicher Beifall lohnte dem Vortrage. In der Diskussion meldete sich Niemand zum Wort, jedenfalls um nicht den letzten Theil der Tagesordnung wegen Veranachlässigung der Politstunde unerblickt lassen zu müssen. Beim „Verschiedenes“ brachte der Vorsitzende die Unterstützung hilfsbedürftiger Vereinsgenossen in Vorschlag und wurden nach recht lebhaften Debatten 2 Genossen je 10 und 5 Genossen je 15 M. Unterstützung seitens der Versammlung bewilligt und in Summa von 95 M. sofort gezahlt. Schließlich beschloß die Versammlung, bei der Verdrigung von Vereinsgenossen einen Widmungskranz am Grabe niederlegen zu lassen, und der Vorstand beauftragt, für jeden einzelnen Fall das Erforderliche sofort zu veranlassen. Auch wurde aus Anlaß eines Spezialfalles eine recht rege Theilnahme bei der Verdrigung von Vereinsgenossen in Anregung gebracht und seitens der Versammlung gutgeheißen. Nach Aufnahme neuer Mitglieder und Erledigung einiger sachlichen Angelegenheiten wurde die Sitzung um 9 1/2 Uhr Abends geschlossen. Nächste Sitzung jedenfalls in Köpenick oder Treptow Ablage.

Der Fachverein der Papierarbeiterinnen und verwandter Berufsgruppen hielt am 12. d. M. in Holzmann's Lokal seine Versammlung ab. Zum ersten Punkte der Tagesordnung sprach Kollege Feldmann über: Die Stellungnahme der Arbeiterinnen zu der von den Arbeitern angestrebten Verkürzung der Arbeitszeit; und wurde von der Versammlung mit lautem Beifall belohnt. Redner wies auf die Schäden, welche eine zu lange Arbeitszeit für die Gesundheit und das Familienleben nach sich zieht, hin. Auch bleibe den Arbeiterinnen keine Zeit zu ihrer geistigen Ausbildung. Der jetzt herrschenden Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft müßte endgiltig ein Damm entgegen gesetzt werden. Pflicht einer jeden Arbeiterin sei es daher, sich mit den Arbeitern solidarisch zu erklären und so gemeinsam eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erzielen. An der Diskussion beteiligten sich u. A. Fr. Labich, welche für einen Minimallohn von 15 Mark, Abschaffung der Akkordarbeit sowie der Ueberstunden und Sonntagsarbeit eintrat, Frau Dallmann und Frau Greisenberg, sowie mehrere Kollegen. Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Versammlung beschließt, für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 resp. 9 Stunden, einem Minimallohn von 15 M., Erhöhung der Akkordpreise um 83% pCt., sowie für Ueberstunden 83% pCt. und Sonntagsarbeit 50 pCt. Zuschlag energisch einzutreten.“ Nachdem alle Punkte erledigt waren, schloß die Versammlung um 12 1/2 Uhr die Versammlung.

N.B. Die nächste Versammlung findet am 26. d. Mts. im Königsbad Kasino, Holzmarktstr. 72, statt.

Im Tischler-Verein (G. S. 89) hielt am Sonnabend, den 8. März in „Sausonci“ Herr Eugen Schirbel einen Vortrag über die Alters- und Invalidenversicherung. Der Referent legte im Eingange seiner Rede die Gründe dar, denen die bisherige Sozialgesetzgebung ihre Entstehung verdankt und wies nach, daß die bisherigen, der sozialen Fürsorge gewidmeten Gesetze, obwohl

